



Protokoll der 13. Sitzung des Einwohnerrates

vom 26. November 2025, 17:00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Jurt Daniel (SVP) und Wiesner Simon (SVP)

Abwesend: -

Traktanden	Laufnummer
Traktandenliste	-
<i>://: Dem Antrag der GOR für die Absetzung des Geschäfts «Bildungsreglement, GOR-Bericht» bzw. des Kommissionsberichtes Nr. 2025-42a wird einstimmig zugestimmt.</i>	2025-42
<i>://: Der Rat beschliesst einstimmig, dass die Resolution «Bahnhof kundenfreundlicher einrichten» an der heutigen Sitzung behandelt wird.</i>	2025-72
1. Resolution «Bahnhof kundenfreundlicher einrichten» <i>://: Die Resolution «Bahnhof kundenfreundlicher gestalten» wird einstimmig zuhanden der SBB-Generaldirektion verabschiedet.</i>	2025-72
2. Protokoll der Ratssitzung vom 29.10.2025 <i>://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 29. Oktober 2025 wird einstimmig genehmigt.</i>	
3. Ersatzwahlen in Kommissionen BPK, FIKO und SBK <i>://: Gemäss Vorschlag der GLP/EVP-Fraktion werden einstimmig gewählt:</i>	2025-71
<i>Bau- und Planungskommission (BPK): Wunderlin Verena (GLP/EVP) anstelle Niederhauser Sonja (GLP/EVP) als BPK-Mitglied</i> <i>Finanzkommission (FIKO): Erni Benjamin (GLP/EVP) anstelle Schneider Domenic (GLP/EVP) als FIKO-Mitglied Schneider Domenic (GLP/EVP) anstelle Erni Benjamin (GLP/EVP) als FIKO-Ersatzmitglied</i> <i>Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK): Dogan Zeynep (GLP/EVP) anstelle Erni Benjamin (GLP/EVP) als SBK-Vizepräsidentin Erni Benjamin (GLP/EVP) anstelle Niederhauser Sonja (GLP/EVP) als SBK-Ersatzmitglied</i>	

-
- | | | |
|-----|---|------------------------------------|
| 4. | Gewässerraum-Ausscheidung – Mutation Nutzungsplanung «Ausscheidung Gewässerraum im Siedlungsgebiet»: Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK); 2. Lesung und Beschlussfassung
://: <i>Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig die Mutation Nutzungsplanung «Ausscheidung Gewässerraum im Siedlungsgebiet».</i> | 2025-49
2025-49a |
| 5. | Bestattungs- und Friedhofreglement – Bericht der GOR zum Postulat «Anpassung des Bestattungs- und Friedhofreglementes vom 1. August 2023» von Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion und stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2024-225a
://: <i>Der Einwohnerrat nimmt die stadträtliche Beantwortung zum Postulat Nr. 2024-225 «Anpassung des Bestattungs- und Friedhofreglementes vom 01. August 2003» einstimmig zur Kenntnis.</i>
://: <i>Der Einwohnerrat beschliesst die Teilrevision des Bestattungs- und Friedhofsreglements (ESL 904.01) gemäss Synopse und den identischen Anträgen des Stadtrates sowie der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) einstimmig.</i>
://: <i>Einstimmig schreibt der Einwohnerrat das Postulat Nr. 2024-225 «Anpassung des Bestattungs- und Friedhofreglementes vom 01. August 2003» gemäss stadträtlichem Antrag als erfüllt ab.</i> | 2024-225
2024-225a
2024-225b |
| 6. | Formulierte Gemeinde-Initiative «Bankengewinn»
://: <i>Einstimmig stimmt der Einwohnerrat der formulierten Initiative über die gerechte Verteilung der staatlichen Bankgewinne «Bankgewinn-Initiative» zu und ermächtigt den Stadtrat dazu, die Initiative bei Bedarf zurückzuziehen.</i> | 2025-69 |
| 7. | Nichtformulierte Gemeinde-Initiative über die faire Verteilung von Aufgaben und finanziellen Mitteln zwischen Kanton und Gemeinden («Wer befiehlt, zahlt!-Initiative»)
://: <i>Mit 29 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen stimmt der Einwohnerrat der nichtformulierten Initiative über die faire Verteilung von Aufgaben und finanziellen Mitteln zwischen Kanton und Gemeinden («Wer befiehlt, zahlt!-Initiative») zu und ermächtigt den Stadtrat dazu, die Initiative bei Bedarf zurückzuziehen.</i> | 2025-70 |
| 8. | Schwieri-Passerelle – Postulat «Signalisation Schwieri-Passerelle als Fussweg mit Zusatz "Velos gestatten"» von Anita Baumgartner und Andreas Sutter der Grünen Fraktion, Alexandra Muheim der SP-Fraktion und Yves Jenni der GLP/EVP-Fraktion
://: <i>Mit 8 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen wird das Postulat Nr. 2025-55 nicht an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2025-56 |
| 9. | Kunst an der Wand – Bericht Stadtrat zu Postulat «Kunst an der Wand» von Dominique Meschberger der SP-Fraktion, Benjamin Erni und Vreni Wunderlin der CVP/GLP/EVP-Fraktion
://: <i>Einwohnerrat nimmt das Konzept „StreetArt Liestal“ einstimmig zur Kenntnis.</i>
://: <i>Einstimmig nimmt der Einwohnerrat vom Bericht des Stadtrates zum Postulat Nr. 2021-82 Kenntnis.</i>
://: <i>Einstimmig wird das Postulat Nr. 2021-82 als erfüllt abgeschrieben.</i> | 2021-82
2021-82a |
| 10. | Natur im Siedlungsraum – Interpellation betreffend Infoanlässen «Natur im Siedlungsraum» von Andreas Sutter der Grünen Fraktion
<i>Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2025-59 durch den Stadtrat.</i> | 2025-59 |

- | | | |
|-----|--|---------------------|
| 11. | Kommunikation – Postulat «Kommunikation der Stadtverwaltung» Alexandra Muheim der SP-Fraktion, Anita Baumgartner der Grünen Fraktion, Sonja Niederhauser und Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion
<i>://: Mit 34 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat Nr. 2025-60 an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2025-60 |
| 12. | Begegnungszonen-Strassenoberflächen – Postulat «Farbliche Gestaltung der Strassenoberflächen in Begegnungszonen» von Jonas Bischofberger und Bernhard Bonjour der SP-Fraktion und Matthias Hölzinger der Grünen Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2025-66 |
| 13. | Fischmarkt-Neugestaltung – Bericht Stadtrat zu Postulat «Sanierung und Neugestaltung des Fischmarkts und der Mühlegasse» von Peter Küng und Pascale Meschberger der SP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2021-58
2021-58a |

Ratspräsident Philipp Franke (GL) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder, die Medienvertretenden sowie die Gäste zur heutigen Sitzung.

Speziell darf er erstmals an der heutigen Sitzung Herr Jean-Luc Pochon auf der Gästetribüne begrüssen, welcher am 1. November 2025 seine Stelle als neuer Bereichsleiter Hochbau/Planung angetreten hat. Ratspräsident Philipp Franke (GL) heisst ihn im Namen des Einwohnerrates herzlich willkommen.

Die Namen der entschuldigten Ratsmitglieder werden verlesen.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsident Philipp Franke (GL) informiert über folgende Punkte:

- Das von Einwohnerrat Florian Abt (SP) eingegangene Rücktrittsschreiben vom 1. November 2025 wird verlesen:

Lieber Philipp, lieber Marcel

Hiermit erkläre ich meinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat der Stadt Liestal per Ende Dezember 2025. Damit wird die Sitzung vom 17. Dezember 2025 meine letzte als Mitglied des Einwohnerrates sein.

Seit längerer Zeit haben meine Frau und ich in Liestal nach bezahlbarem Wohnraum mit Garten gesucht. Leider blieb unsere Suche erfolglos, und so haben wir uns — schweren Herzens — entschieden, Liestal zu verlassen und nach Sissach zu ziehen. Dort können wir uns diesen langgehegten Wunsch erfüllen. Aufgrund dieses Umzuges im Januar 2026 werde ich nicht mehr Einwohner von Liestal sein und kann somit mein Mandat im Einwohnerrat nicht weiterführen.

Ich möchte mich herzlich bei allen Ratsmitgliedern für den wertvollen Austausch und die bereichernde Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren bedanken. Mein Dank gilt ebenso allen Wählerinnen und Wählern, die mir ihr Vertrauen geschenkt und mir damit die Möglichkeit gegeben haben, Teil des Einwohnerrates zu sein.

Als ich vor sechs Jahren begonnen habe, mich politisch zu engagieren, war es mein Ziel, etwas zu bewegen und mich für mehr soziale Gerechtigkeit einzusetzen. Dieses Ziel bleibt für mich auch weiterhin zentral, und ich werde mich mit derselben Überzeugung künftig an meinem neuen Wohnort für diese Werte engagieren.

Ich wünsche dem Einwohnerrat sowie der Stadt Liestal für die Zukunft alles Gute und bin überzeugt, dass der Rat weiterhin dazu beitragen wird, dass Liestal eine lebenswerte und fortschrittliche Stadt bleibt.

Mit freundlichen Grüssen

Florian Abt

- Und auch das von Eva Eugster (FDP) eingegangene Rücktrittsschreiben vom 9. November 2025 wird verlesen:

Sehr geehrter Einwohnerratspräsident, lieber Philipp, lieber Marcel

Erfreulicherweise wird bekanntlich ab Januar 2026 von meinem Ehemann neu ein Exekutivamt ausgeführt werden, währenddem ich selber in der Legislative tätig wäre. Dies halte ich persönlich nicht für ideal.

Aus diesem Grund habe ich mich nun entschieden, per 31.12.2025 vom Einwohnerrat zurückzutreten.

Ich bedanke mich bei allen für die interessanten gemeinsamen Jahre im Einwohnerrat und die konstruktive Zusammenarbeit.

Freundliche Grüsse

Eva Eugster

- Per Ende November 2025 wird Herr Thomas Noack die Stadtverwaltung Liestal verlassen und in Pension gehen. Er dankt dem auf der Gästetribüne anwesenden Bereichsleiter für die intensive Arbeit als Stadtbaumeister von Liestal sowie die immer gute Zusammenarbeit mit ihm seit seinem Stellenantritt am 13. Juli 2015 und wünscht ihm alles Gute für den dritten Lebensabschnitt.
- Das Protokoll der heutigen Ratssitzung kann nicht bis zum Versand vom nächsten Mittwoch finalisiert werden und wird Mitte Dezember 2025 verschickt.
- Die Ratsmitglieder werden gebeten, ein frühzeitiges Verlassen der Ratssitzung dem Vizepräsidenten mitzuteilen und/oder anzuzeigen.

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- An der heutigen Ratssitzung dürfen Natascha Brönnimann (SP) und Zeynep Dogan (EVP) begrüsst werden, welche von ihren Fraktionen kurz vorgestellt werden.

Anja Weyeneth (SP) stellt Einwohnerrätin Natascha Brönnimann (SP) vor: Natascha Brönnimann ist 37 Jahre alt und wohnt seit 17 Jahren hier in Liestal. Sie ist verheiratet, hat 1 Kind und reist sehr gerne. Zudem hat sie einen Schrebergarten im Familiengartenverein Gräubern und ist dort seit April 2024 Präsidentin. Sie ist gelernte Kauffrau und hat im Jahr 2016 das Studium zur sozialen Arbeit an der Berner Fachhochschule abgeschlossen. Danach ist sie nach Pratteln in die Sozialhilfe und seit August 2022 ist sie hier in Liestal als Berufsbeiständin tätig. Sie interessiert sich seit längerem für die Lokalpolitik und möchte sich aktiv als Teil der SP einbringen. Ein Anliegen ist ihr die familienergänzende Betreuung. Im Besonderen sind ihr aber auch die Quartiere wie beispielsweise das Fraumatt wichtig. Auch möchte sie zur Verbesserung der Radwege und der Stärkung der Quartiere beitragen, da Liestal nicht nur aus dem Zentrum besteht, sondern auch aus den Aussenquartieren. Eine solche Stärkung könnte beispielsweise mittels eines Quartierzentrums erfolgen. Wir sind froh, dass Natascha bei uns ist und sich für diese Themen einsetzt.

Benjamin Erni (GLP/EVP) stellt Einwohnerrätin Zeynep Dogan (EVP) vor: Sie ist aufgewachsen im Weihermatt-Quartier und immer dort geblieben bis heute. Sie ist Pflegeassistentin im Kantonsspital Liestal. Sie arbeitet aber auch noch als Übersetzerin bei der Kriminalpolizei und der Zollverwaltung. Während der letzten 4 Jahre war sie für uns im Wahlbüro tätig. Zudem ist sie Mutter von 2 Töchtern, die 20 und 16 Jahre alt sind.

- Die Sitzung dauert bis ca. 20:00 Uhr und wird um ca. 18:30 Uhr durch eine kurze Pause unterbrochen.
- Die GOR-Mitglieder möchten sich in der Pause beim Kommissionspräsidenten Yves Jenni (GLP) melden.
- Der heutige interfraktionelle Restaurant-Besuch findet im Anschluss an die Sitzung im Restaurant Farnsburg statt. Die Teilnehmerzahl wird er vorgängig der Sitzungspause erheben.
- Die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder möchten sich noch bis spätestens am 30.11.2025 für den diesjährigen Weihnachtsapéro an- oder abmelden, was heute auch während der Pause oder nach der Sitzung direkt beim Ratsschreiber getan werden kann.

Neue persönliche Vorstösse

- Resolution «Bahnhof kundenfreundlicher einrichten» (Nr. 2025-72)
- Sichernstrasse: Kapazitätsengpass und Katastrophenschutz – Interpellation «Kapazitätsengpass Sichernstrasse entfernen und Katastrophenschutz gewährleisten» von Jonas Bischofberger der SP-Fraktion (Nr. 2025-74)

Mitteilungen Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler hat eine kurze Mitteilung betreffend die Erweiterung der Depotie Höli. Wir hatten dazu gestern eine Informationsveranstaltung. Die Mitwirkung läuft bis am 12. Dezember 2025. Im Anschluss wird eine kantonale Vorprüfung noch fertiggestellt. Danach gibt es die Bereinigung der Mitwirkung und schliesslich wird das Geschäft natürlich noch in den Einwohnerrat kommen, da es eine Zonenplanänderung beinhaltet. Also hier mein Aufruf: Bringt euch ein und informiert euch.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Aus dem Rat werden keine Wortbegehren angemeldet, um eine persönliche Erklärung oder Fraktionserklärung abgeben zu können.

Traktandenliste

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass gemäss E-Mail von GOR-Präsident Yves Jenni (GLP/EVP) vom 24.11.2025 der GOR-Bericht «Bildungsreglement» (Nr. 2025-42a) zurückgenommen und nochmals überarbeitet werden soll, weshalb das Traktandum Nr. 5 bzw. das Geschäft «Bildungsreglement, GOR-Bericht» nicht behandelt bzw. abgesetzt werden soll. Er kann nach Umfrage feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Gemäss Antrag der GOR wird das Geschäft «Bildungsreglement» (Nr. 2025-42) einstimmig von der Traktandenliste abgesetzt.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) erklärt, dass die interfraktionelle Resolution «Bahnhof kundenfreundlicher einrichten» (Nr. 2025-72) den Ratsmitgliedern mit gestriger E-Mail des Ratschreibers zur Kenntnis gebracht wurde.

Gemäss § 53 des ER-Geschäftsreglements wird die Resolution an der heutigen Sitzung sofort beraten, sollte dies der Rat beschliessen.

Die Ratsmitglieder möchten sich nun dazu äussern, ob die Resolution an der heutigen Sitzung behandelt werden soll.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Rat beschliesst einstimmig, dass die Resolution «Bahnhof kundenfreundlicher einrichten» an der heutigen Sitzung behandelt wird.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass bezüglich der Traktandenliste keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 12. November 2025 mit den vorgängig beschlossenen Änderungen einstimmig genehmigt.

1. Resolution «Bahnhof kundenfreundlicher gestalten» (Nr. 2025-72)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass die Resolution und Einwohnerratsvorlage Nr. 2025-72 von insgesamt 28 Mitgliedern des 40-köpfigen Einwohnerrates unterzeichnet wurde. Er geht davon aus, dass aus Zeitmanagementgründen oder Krankheitsfällen einige Ratsmitglieder die Resolution nicht unterschrieben haben, dies aber vielleicht auch gerne getan hätten.

Gemäss § 53 ER-Geschäftsreglement gilt die Resolution als zustande gekommen, wenn 2/3 der anwesenden Ratsmitglieder dies bei der anschliessenden Abstimmung beschliessen.

Bernhard Bonjour (SP) erklärt als SP-Fraktionssprecher, dass es ihm wohl wie allen hier drin geht: Das Zugfahren mit der SBB ist eine prägende Kindheitserinnerung. Ich reise durch die ganze Schweiz und der Kondukteur ist eine heiss bewunderte Autoritätsperson aus meiner Kindheit. Die Faszination für Züge und die SBB ist geblieben. Es gibt wirklich kaum etwas so Beeindruckendes wie ein Zug der einfährt, anhaltet, Leute mit den unterschiedlichsten Zielen ein- und aussteigen lässt und sie fast immer pünktlich gemeinsam transportiert und zu den unterschiedlichsten Zielen bringt. Dies nehmen wir als selbstverständlich an, wobei es alles Andere als selbstverständlich ist. Es ist toll, wie das funktioniert und was für eine grossartige Sache ein solcher Zug ist. Jetzt hat Liestal einen neuen Bahnhof bekommen und alles funktioniert: Die Züge, die Busse und die Waldenburgerbahn kommen pünktlich und bringen uns an unsere Ziele. Am Bahnhof sind wir zudem sicher, es fällt uns nichts auf den Kopf und wir brechen uns keine Beine. Es gibt auch keine gefährlichen dunklen Ecken, die uns Angst machen könnten. Eigentlich ist der Bahnhof ein richtig grosser Erfolg. Deshalb beginnt unsere Resolution auch damit, dass wir Freude am Bahnhof haben. Den Erfolg verdanken wir der SBB, aber auch der Stadt Liestal. Liestal hat während der Bauzeit viel Unangenehmes auf sich genommen und erstaunlich wenig protestiert und reklamiert. Die Stadt hat zudem einiges gezahlt. Diesen Zahlungen verdanken wir zum Beispiel, dass die Unterführungen breit und hell sind. Wir verdanken diesen Zahlungen auch die Velostation, die Velostege und viele Verbesserungen, die unsere Verantwortlichen in den Verhandlungen mit den Bauverantwortlichen gemacht haben. Aber leider hat der Bahnhof für die Bahnkunden auch einige Mängel. Hierzu kann man betonen, dass die Mängel eigentlich einfach und ohne grossen Aufwand zu beheben sind. Mir wurde gesagt, unsere Resolution sei im Ton zu mild, zu nett und zu harmlos. Aber die Hauptaussage ist an die SBB, dass der Bahnhof nicht kundenfreundlich ist. Eigentlich gibt es keinen schlimmeren Vorwurf an ein Unternehmen wie die SBB, denn ihr Zweck ist es, möglichst viele Menschen möglichst gut an ihr Ziel zu bringen und auch damit für einen umweltfreundlichen und sinnvollen Verkehr zu sorgen. Eine schreckliche Vorstellung ist, wenn diese Leute jetzt alle nicht mehr mit der SBB fahren würden, sondern mit privaten, brennstoffgetriebenen Verkehrsmitteln auf den Strassen unterwegs wären, weil sie sich zu sehr ärgern. Damit die Menschen den Zug benützen, müssen sie sich ernstgenommen fühlen. Dies ist aktuell im Bahnhof Liestal nicht der Fall. Offenbar hat man hier wenig an den Kunden gedacht. Hinter all den vielen anderen Aspekten, die man berücksichtigen musste, ist der Kunde zu kurz gekommen. Die Wirtschaftlichkeit sowie Vorschriften und Regeln aller Art sind offenbar im Vordergrund gestanden. Aber das Ziel der SBB kann nur erfüllt werden, wenn die Menschen einen Bahnhof besuchen, diesen benützen und sich ernst genommen fühlen. Kundenunfreundlichkeit ist für einen Bahnhof eine Katastrophe. Dies gilt erst recht, wenn er neu gebaut wurde. Die Resolution zählt auf, an was das liegt. Es braucht mehr und besser sichtbare Uhren, mehr und besser platzierte Übersichten über die Abfahrtszeiten, über die Gleise und über die Zugprobleme. Es benötigt mehr Zuganzeigen, die man besser sieht auf den Perrons, aber die man auch von den Rampen aus sieht. Es braucht mehr Sitzgelegenheiten für die, die warten, auch auf der Seite des Busbahnhofs und es braucht mehr Sammelbehälter für getrennte Abfallsammlung. Ich bin sicher, man kann jetzt noch ein paar andere Punkte anbringen, welche die Kundenfreundlichkeit ausmachen. Wir wollen hier als Einwohnerrat die Anliegen der Bahnkundinnen und Bahnkunden aufnehmen und an die Generaldirektion weiterleiten, damit nicht jeder Einzelne einen Brief schreiben muss und es auch wirklich zur Kenntnis genommen wird. Ich denke, das kann zur Kenntnis genommen werden, wenn unsere Abstimmung deutlich ist. Wir

sind überzeugt, dass es trotz einzuhaltender und komplizierter Vorschriften immer eine Möglichkeit gibt, um die Anliegen der Kundinnen und Kunden ernst zu nehmen und eine Lösung zu finden. Ich danke dafür, dass so viele diese Resolution schon unterschrieben haben. Es ist eben nicht ein Anliegen von einer Partei, sondern ich bin überzeugt, dass unser Anliegen so stark, wie es getragen wird, von der SBB gehört wird.

Domenic Schneider (GLP) hält als Sprecher der GLP/EVP-Fraktion fest, dass es vor allem auch darum geht, wie die Personen, die den öffentlichen Verkehr nutzen wollen, gelenkt werden und das ist teilweise schwierig. Wenn ich bei der Buskante bin und von der Kante J zu der Kante 5 will, dann erkenne ich, dass ich eigentlich zum Gleis muss, das neben dem Gleis 4 ist, aber plötzlich Kante 5 heisst. Das ist dort, wo die WB abfährt. Da wissen die Leute einfach nicht so ganz genau, wie sie damit umgehen sollen. Zudem steht das in den SBB-Dokumentationen zur Kundeninformation ganz klar anders. Dann laufe ich beispielsweise von der Sichert zum Bahnhof und möchte mich darüber informieren, wo mein nächster Zug abfährt. Da finde ich nicht gerade auf den ersten Blick die Anzeigetafel, da diese etwas versteckt ist. Wenn ich dann in der Unterführung bin und denke, ich mache es so wie überall sonst in der Schweiz und sehe von dort auf die Perrons und die Anzeigetafeln, dann stelle ich fest, dass es in Liestal anders gemacht worden ist und man erst oben auf dem Perron ankommen muss, um die Tafel zu sehen. Das sind einfach bereits drei Punkte, die nicht vernünftig umgesetzt worden sind und dem Grundsatz der SBB widersprechen. Ich glaube, mit dieser Resolution haben wir einfach auch eine Möglichkeit, um der SBB zu zeigen, wir finden zwar diesen Bahnhof richtig toll, wir danken euch dafür, dass wir hier so ein funktionelles Bauwerk haben. Aber es ist einfach noch nicht alles so, wie es sein soll, wie es im Rest der Schweiz ist und wie es sein könnte. Deswegen werden wir ganz sicher für die Resolution stimmen.

Markus Rudin (SVP) stellt als Sprecher der SVP-Fraktion fest, dass er auch schon einige Male am Bahnhof gewesen ist und sich zurechtgefunden hat. Dies aber halt vermutlich auch deswegen, weil ich mich schon ausgekannt habe. Nach dem Erhalt des Vostosses habe ich aber auch festgestellt, dass es schwierig ist sich zurechtzufinden, wenn man zum ersten Mal an diesem Bahnhof ist. Ich denke es ist insbesondere für Ortsunkundige super, dass es in die Hand genommen und die SBB dazu angehalten wird, etwas zu machen.

Richard Gafner (FDP) informiert als FDP/Mitte-Fraktionssprecher, dass auch die FDP/Mitte-Fraktion zustimmen kann, dass es schwierig ist sich zu orientieren, wenn man ortsfremd ist. Entsprechend sind auch wir der Meinung, dass trotz allen positiven Aspekten bei der SBB eingefordert wird, dass es für alle einfacher wird, sich zurecht zu finden. Von dem her vielen Dank für die Resolution, wir werden sie unterstützen.

Michael Durrer (GL) meint als Sprecher der Grünen Fraktion, dass sich auch die Grüne Fraktion für das Ergreifen der Initianten bedankt und die Resolution ebenfalls unterstützt. Ich bin sehr oft am Bahnhof und bin der Meinung, dass er nicht überall gut auf die Gäste ausgerichtet ist. Wenn der Zug beispielsweise auf einem anderen Gleis fährt, sieht man dies in der Unterführung nicht. In der Unterführung funktioniert zudem die App oftmals relativ schlecht, welche in solchen Situationen hilfreich wäre. Ich bin oft dort und dachte, es kommt bestimmt bald noch. Aber jetzt ist der Bahnhof schon ziemlich fertig, hat aber noch immer einige Schwachstellen. Auch fehlen beispielsweise Abfallsammelstellen, wo man beispielsweise eine PET-Flasche entsorgen kann. Entsprechend finde ich es super, dass die Punkte aufgenommen wurden und ich hoffe, dass wir mit unserem Anliegen auch erfolgreich sein werden.

Anja Weyeneth (SP) merkt als Einzelsprecherin an, dass das Thema Lift bewusst nicht in die Resolution genommen wurde, obwohl dies auch ein grosses Thema ist. Ich bin der Meinung, dass ein Bahnhof in dieser Grösse einen Lift bräuchte. Aber wir wollten nicht, dass die Resolution quasi von der Finanzierungsfrage eines solchen Liftes überschattet wird, weswegen wir diese Thematik bewusst rausgelassen haben. Auch wenn „Inclusio Handicap“ zum Schluss gekommen ist, dass es gut möglich ist, den Bahnhof mit einem Rollstuhl zu bestreiten, ist dies nicht zwingend der Fall. Dies, da sie davon ausgehen, dass alle einen elektrischen Rollstuhl

haben. Ich bin letztes Jahr mit einer jungen Frau im Rollstuhl von Luzern zurückgefahren und es war sehr anstrengend, weil sie eben keinen Elektro-Rollstuhl hatte. Bernhard Bonjour (SP) und ich haben heute auch noch eine Mail aus der Bevölkerung erhalten, welche um Forderung eines Liftes gebeten hat. Dennoch haben wir es bewusst nicht in die Resolution aufgenommen. Ich hoffe aber, dass die SBB trotzdem vielleicht noch einmal einen Gedanken darüber verliert. Ein Bahnhof ist zudem ansprechend, wenn nicht alles lediglich technisch gut funktionierend und ersichtlich ist, sondern wenn er gut gestaltet ist. Beispielsweise in Basel hat es am Bahnhof abstrakte Kunstpflanzen und Vogelgezwitscher. Dies mag etwas komisch sein, aber es hilft doch ein bisschen für das angenehmere Sein am Bahnhof, gerade am späteren Abend oder wenn man nachts unterwegs ist. Vielleicht kann man auch in Liestal noch etwas mit Kunst machen. Ich unterstelle den Fachleuten der SBB wohlwollend, dass sie auf alles achten, was die Kundenfreundlichkeit anbelangt. Ich würde es sehr begrüßen, wenn eine Delegation der SBB mit einer Delegation des Einwohnerrates eine Begehung macht, um alle Punkte gemeinsam anschauen zu können. Aber ich danke allen, die mitunterzeichnen.

Stadtpräsident Daniel Spinnler äussert, dass der Stadtrat die Resolution absolut berechtigt findet und in dieser Sache selbst auch schon tätig gewesen ist und einige Punkte angebracht hat. Wir finden es deshalb gut, dass es mit dieser Resolution eine Kraft aus dem Einwohnerrat gibt, um zu zeigen, dass es ein Anliegen der Liestaler Bevölkerung ist. Dazu kann ich noch anmerken, dass wir in den Treffen, die wir regelmässig mit der SBB haben, beispielsweise die Thematik mit den Anzeigetafeln bei den Perrons auch bereits schon angesprochen haben. Es hat auch Begehungen gegeben diesbezüglich. Was dabei rauskommt, werden wir noch sehen. Es wurde zudem in Aussicht gestellt, dass unten in den beiden Unterführungen noch zusätzliche Abfahrtsmonitoren montiert werden. Zudem wurde angesprochen, dass das Mobiliar angepasst wird. Bei den Bussen sollen zudem noch Sitzmöglichkeiten installiert werden. Uns ist es zudem noch ein Anliegen, dass künftig zugelassen wird, dass an ausgewählten Flächen legal Sprayereien angebracht werden können, um so auch etwas vorzubeugen, dass es zu Schmierereien kommt. Da bleiben wir auch dran bei der SBB.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) kann feststellen, dass zum Geschäft und zur Resolution keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die Resolution «Bahnhof kundenfreundlicher gestalten» (Nr. 2025-72) wird einstimmig zuhanden der SBB-Generaldirektion verabschiedet.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) dankt für die grosse Unterstützung sowie die Zustimmung im Zusammenhang mit der Resolution und informiert darüber, dass diese mit einem Begleitschreiben noch diese Woche an die SBB-Generaldirektion verschickt wird.

2. Protokoll der Ratssitzung vom 29.10.2025

Ratspräsident Philipp Franke (GL) informiert, dass keine Änderungsanträge eingegangen sind und das Büro somit die Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolls beantragt. Er kann feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 29. Oktober 2025 wird einstimmig genehmigt.

3. Ersatzwahlen in Kommissionen BPK, FIKO und SBK (Nr. 2025-71)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist und sich der Einwohnerrat damit einverstanden erklären kann, dass die nominierten Ratsmitglieder offen und gesamthaft gewählt werden können.

Er kann feststellen, dass keine Wortbegehren zum traktandierten Wahlgeschäft angemeldet werden.

://: Gemäss Vorschlag der GLP/EVP-Fraktion werden einstimmig gewählt:

- **Bau- und Planungskommission (BPK)**

Wunderlin Verena (GLP/EVP) anst. Niederhauser Sonja (GLP/EVP) als BPK-Mitglied

- **Finanzkommission (FIKO)**

Erni Benjamin (GLP/EVP) anst. Schneider Domenic (GLP/EVP) als FIKO-Mitglied

Schneider Domenic (GLP/EVP) anst. Erni Benjamin (GLP/EVP) als FIKO-Ersatzmitglied

- **Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)**

Dogan Zeynep (GLP/EVP) anst. Erni Benjamin (GLP/EVP) als SBK-Vizepräsidentin

Erni Benjamin (GLP/EVP) anst. Niederhauser Sonja (GLP/EVP) als SBK-Ersatzmitglied

4. Gewässerraum-Ausscheidung – Mutation Nutzungsplanung «Ausscheidung Gewässerraum im Siedlungsgebiet»: Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK); 2. Lesung und Beschlussfassung (Nr. 2025-49)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Gemäss § 79 des ER-Geschäftsreglements ist dieses Geschäft 2-fach zu beraten. Nach der 1. Lesung vom 29.10.2025 wird das Geschäft an der heutigen Sitzung in einer 2. Lesung nochmals beraten. Anschliessend wird über die Anträge abgestimmt.

Er kann feststellen, dass aus dem Einwohnerrat keine Wortbegehren angemeldet werden.

Stadtrat Daniel Muri hält fest, dass es sich um eine grosse Arbeit gehandelt hat, was auch aus dem BPK-Bericht ersichtlich ist. Ich danke meinen Stadtratskolleginnen und -kollegen, dass wir das angestossen und bearbeitet haben. Denn es gibt auch Planungssicherheit für die Leute, die an diesem Gewässerraum wohnen und etwas an ihrem Gebäude bauen wollen.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun über die identischen Anträge des Stadtrates und der BPK abstimmen lässt.

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig die Mutation Nutzungsplanung «Ausscheidung Gewässerraum im Siedlungsgebiet», bestehend aus:

- Situationsplan, Teilplan 1/6, Gewässer «Ergolz», «Elbisbächli» und «Weidelibächli», 1:2'000 vom 10.04.2025
- Situationsplan, Teilplan 2/6, Gewässer «Ergolz» und «Vogelsangbächli», 1:2'000 vom 10.04.2025
- Situationsplan, Teilplan 3/6, Gewässer «Ergolz» und «Windetalbächli (sistiert)», 1:2'000 vom 10.04.2025
- Situationsplan, Teilplan 4/6, Gewässer «Rösernbach» und «Bintalbächli», 1:2'000 vom 10.04.2025
- Situationsplan, Teilplan 5/6, Gewässer «Orisbach» und «Schwieribächli», 1:2'000 vom 10.04.2025
- Situationsplan, Teilplan 6/6, Gewässer «Frenke», 1:2'000 vom 10.04.2025

5. Bestattungs- und Friedhofreglement – Bericht der GOR zum Postulat «Anpassung des Bestattungs- und Friedhofreglementes vom 1. August 2023» von Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion und stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2024-225a (Nr. 2024-225)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass das Eintreten unbestritten ist.

Yves Jenni (GLP) stellt den Bericht der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) gemäss Vorlage Nr. 2024-225a vor: Die GOR hat sich die Teilrevision des Bestattungs- und Friedhofsreglements sorgfältig angesehen. Ausgangspunkte für die Revision sind Rückmeldungen der reformierten und katholischen Kirchgemeinden gewesen, die im Zug der neuen Kirchgemeindeordnung auf Unklarheiten und Lücken im bestehenden Reglement hingewiesen haben. Der Stadtrat hat die Punkte aufgenommen, durch eine Begleitgruppe vertieft prüfen lassen und eine Vorlage unterbreitet. In unserer Sitzung der GOR vom 29. September 2025 hat die zuständige Stadträtin Marie-Theres Beeler die Änderungen ausführlich präsentiert. Die Diskussion war konstruktiv und hat sich auf praktische Fragen wie die Dauer der Bestattungsfrist, die Anlage der Doppelgräber auf dem Friedhof oder die Information von Angehörigen bei Grabauflösungen konzentriert. All diese Fragen konnten gut und ausführlich beantwortet werden, denn es hat sich gezeigt, dass die Vorlage sowohl fachlich als auch organisatorisch gut abgestützt ist. Die GOR erachtet die vorgeschlagenen Anpassungen als sinnvoll, nachvollziehbar und notwendig, um ein zeitgemässes und rechtssicheres Reglement zu gewährleisten. Wir beantragen entsprechend, die Teilrevision gemäss stadträtlicher Vorlage einstimmig anzunehmen.

Vreni Wunderlin (GLP) erklärt als Fraktionssprecherin der GLP/EVP-Fraktion und als Postulantin, dass der Austausch mit der Beratungsgruppe sehr wertvoll und ein wichtiges Instrument für alle war, die in diesen Prozessen involviert sind. Die kantonale Vorprüfung vom 1. Juli hat ergeben, dass die vorgeschlagenen Änderungen genehmigungsfähig sind. Die GOR hat das Reglement durchgearbeitet und die Anpassungen gutgeheissen. Auf die einzelnen Anpassungen gehe ich nicht mehr ein. Wichtig sind die Anpassungen auch für betroffene Angehörige. Klare Regelungen unterstützen den Trauerprozess. Ich freue mich, wenn die Teilrevision des Reglements heute gutgeheissen wird und dann zur endgültigen Genehmigung vom Regierungsrat abgesegnet wird. Allen Beteiligten ein herzliches Dankeschön für ihr Mitwirken.

Richard Gafner (FDP) führt als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion aus, dass das Geschäft in der GOR unbestritten gewesen war. Wir konnten die Diskussion auch in der Fraktion relativ kurz halten, weil es eigentlich unbestritten gewesen ist. Es freut uns, dass mit dieser Findungskommission Lösungen gefunden worden sind, die den Ansprüchen gerecht werden und die man, glaube ich, ohne grosse Diskussion wirklich ins Reglement übernehmen kann. Wir werden das unterstützen.

Marius Ziegler (SVP) dankt als SVP-Fraktionssprecher der Verwaltung und dem Stadtrat für die gute Zusammenarbeit und für die sehr gut vorbereitete Vorlage. Auch Yves Jenni (GLP) dankt er für den gut verfassten Bericht. Unsere Fraktion unterstützt den Antrag der GOR einstimmig.

Bernhard Bonjour (SP) informiert namens der SP-Fraktion darüber, dass das überarbeitete Bestattungs- und Friedhofsreglement auf die Bedürfnisse der Glaubensgemeinschaft und den Bedürfnissen derjenigen eingeht, die auf dem Friedhof arbeiten und schauen müssen, dass die Toten wirklich beerdigt werden können. Dazu hat es die Begleitgruppe gegeben. Das Reglement ist gut abgestützt und es hat, glaube ich, keine Widersprüche gegeben. Wir sind leider bei der Beratung nicht da gewesen, da die GOR-Sitzung in den Ferien stattgefunden hat. Aber wir haben zwei kleine Anmerkungen. Wir fragen uns, ob wir uns nicht noch ein bisschen mehr darauf achten müssten, dass wir nicht unnötige Vorschriften machen? Denn es hat sehr

detaillierte Vorschriften im Reglement. Müssen die alle so detailliert sein? Umgekehrt ist gut, dass mit der Formulierung „in der Regel“ die Möglichkeit von Ausnahmen besteht. Das Zweite ist die Frage, und dazu steht weder im stadträtlichen Bericht noch in demjenigen der GOR etwas dazu, wie es denn für Angehörige von anderen Glaubensgemeinschaften ist, speziell für diejenigen, die muslimischen Glaubens sind. Wie werden deren Bedürfnisse berücksichtigt?

Andreas Sutter (GL) orientiert als Sprecher der Grünen Fraktion, dass den vorangegangenen Voten nichts mehr hinzuzufügen ist und die Grüne Fraktion die Vorlage unterstützt.

Stadträtin Marie-Theres Beeler bedankt sich für die Aufnahme dieser Reglementsänderung. Ich denke, es ist wichtig, dass wir das Reglement an die Entwicklung des Begräbniswesens anpassen. Einerseits gibt es immer weniger Erdbestattungen, andererseits gibt es überhaupt immer weniger Bestattungen auf dem Friedhof. Es werden Flächen auf dem Friedhof frei und eine grosse Verkürzung der Liegedauer ist nicht mehr zwingend erforderlich. Die Formulierungen sind aber bewusst offen gehalten, damit etwas Spielraum besteht und etwas nicht als festes Recht niedergeschrieben ist. Es wurde jetzt noch spezifisch gefragt wegen muslimischen Bestattungen. Wir haben ein muslimisches Grabfeld. Dann haben wir auch eine Kühlzelle, die alle benützen dürfen. Diejenigen, die eine Erdbestattung haben, wie auch Personen aus unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften oder Konfessionslose. Zudem ist es für muslimische Glaubensangehörige auch möglich, dass eine Waschung des Leichnams bei uns in der Friedhofskapelle durchgeführt wird. Aber es handelt sich dennoch um eine Erdbestattung und jede Erdbestattung, auch eine muslimische, muss bei uns in einem verrottbaren Sarg oder in einem Holzsarg stattfinden. Das ist einfach aufgrund der hiesigen klimatischen Bedingungen und der Möglichkeit, dass Tiere ein Grab beschädigen könnten, so geregelt. Deswegen ist es nicht möglich, einen Leichnam in einem Tuch zu bestatten. Es gibt sogar auch ein nicht bestattungspflichtiges Kind im muslimischen Grabfeld und das kann in einer verrottbaren Urne bestattet werden. Das ist alles bereits möglich gewesen und es ist alles schon der Fall gewesen. Aber es gibt im Reglement keinen Unterschied zwischen muslimischen, christlichen oder konfessionslosen Bestattungen. Die Vorschriften sind einerseits rechtlichen Verhältnissen geschuldet. Ein Beispiel ist, dass man nicht vor 48 Stunden beerdigen darf. Das darf auch im muslimischen Grabfeld nicht geschehen, denn es geht beispielsweise darum, die Todesursache feststellen zu können. Zudem ist es aus organisatorischen Gründen des Ablaufs von Ab dankungen bzw. Abschiedsfeier und Bestattung, welche auf dem Friedhof koordiniert werden müssen, so geregelt. Hier einfach einige wenige Erläuterungen. Gerne kann ich auch noch im direkten Gespräch mehr dazu erläutern.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden, weshalb er nun über die stadträtlichen Anträge abstimmen lässt, welche von der GOR unterstützt werden.

- ://: Der Einwohnerrat nimmt die stadträtliche Beantwortung zum Postulat Nr. 2024-225 «Anpassung des Bestattungs- und Friedhofreglements vom 01. August 2003» einstimmig zur Kenntnis.
- ://: Der Einwohnerrat beschliesst die Teilrevision des Bestattungs- und Friedhofsreglements (ESL 904.01) gemäss Synopse und den identischen Anträgen des Stadtrates sowie der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) einstimmig.
- ://: Einstimmig schreibt der Einwohnerrat das Postulat Nr. 2024-225 «Anpassung des Bestattungs- und Friedhofreglementes vom 01. August 2003» gemäss stadträtlichem Antrag als erfüllt ab.

6. Formulierte Gemeinde-Initiative «Bankengewinn» (Nr. 2025-69)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Roger Ballmer (FDP) führt als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion aus, dass die FDP/Mitte-Fraktion dieser Initiative positiv gegenübersteht. Der Vorschlag, neu ein Drittel der Ausschüttung der BLKB an die öffentliche Hand den Gemeinden zukommen zu lassen, erachten wir aus ordnungspolitischer Sicht als angezeigt und sinnvoll. Sollte die Initiative einen Erfolg haben, was wir hoffen, sind natürlich Beiträge in unserer aktuellen finanziellen Situation sehr willkommen. Grundsätzlich und insbesondere auch aus liberaler Sicht kann man sich aber die Frage stellen, warum die BLKB, die heute als Universalbank am freien Markt im Wettbewerb steht, als öffentlich-rechtliche Institution steuerbefreit ist. Wäre die BLKB ein gleichermassen erfolgreiches privatrechtliches Unternehmen, so müsste sie als solche ordentlich Steuern zahlen. Liestal würde entsprechend insbesondere als Standort des Hauptsitzes in den Genuss von substanziellen Steuereinnahmen kommen und für die von der Bank in Anspruch genommenen Räume und Infrastruktur entschädigt werden. Das würde unsere strukturellen Probleme vor allem bei den juristischen Steuerträgen deutlich entschärfen. Dass sich die Initianten mit der Beteiligung der Gemeinden pro Einwohner am Zürcher Modell orientieren, scheint aus unserer Optik akzeptabel und ein gangbarer Mittelweg, insbesondere weil die Erfolgsaussichten der Initiative damit wohl steigen. Bei vielen Einwohnern geniesst die BLKB nach wie vor eine besondere Identifikation und einen hohen Stellenwert. Der Kanton, der jetzt neu einen Drittel der Gewinne den Gemeinden abtreten muss, hat es als Mehrheitseigner dieser Bank weiterhin in der Hand, mit einer geschickt gewählten Strategie und mit einer kompetenten Besetzung des Bankenrats den Erfolg dieser Bank auch in Zukunft sicherzustellen und allenfalls noch zu steigern. Auf Basis dieser Überlegungen werden wir als FDP/Mitte-Fraktion diesem Antrag zustimmen.

Domenic Schneider (GLP) informiert als GLP/EVP-Fraktionssprecher, dass es ja eigentlich schon speziell ist, wenn das Baselbiet etwas von Zürich gut findet. In diesem Fall macht es aber Sinn. Wie erwähnt wurde ist die BLKB steuerbefreit und schüttet rund 67 Mio. CHF an den Kanton aus. Davon haben die Gemeinden aber nichts. Von dem her macht die Initiative Sinn. Zudem sind wir der Meinung, dass wenn die BLKB nicht in ein steuerpflichtiges Konstrukt gegossen wird, ein Teil desjenigen Geldes, das der Kanton erhält, wenigstens fair auf die Gemeinden verteilt werden soll.

Markus Rudin (SVP) meint als Sprecher der SVP-Fraktion, dass er sich den Vorrednern anschliesst und mit dem Gesagten einverstanden ist. Ich danke aber auch den Gemeindepräsidenten, ohne die wäre diese Initiative gar nicht so zustande gekommen. Es ist jedoch etwas schade, dass nicht mehr Gemeinden dabei gewesen sind. Es sind lediglich 11 Gemeinden dabei und beispielsweise die umliegenden Gemeinden sind nicht dabei. Vielleicht hat das aber auch einen Grund. Die SVP-Fraktion stimmt für den Antrag des Stadtrates.

Jonas Bischofberger (SP) stellt als SP-Fraktionssprecher fest, dass auch die SP-Fraktion es begrüsst, dass der Stadtrat viele Wege prüft und vor einer Konfrontation des Kantons nicht zurückschreckt. Wir finden das Anliegen im Grunde genommen sinnvoll, dass man die Gemeinden am Kantonalbank-Gewinn beteiligen soll. Wir haben aber noch ein paar Sorgen bei dieser Initiative. Die erste ist, dass wenn wir quasi die Gelder des Kantons abzwacken zu den Gemeinden, kann es natürlich sein, dass der Kanton als nächstes mehr Aufgaben an die Gemeinden überträgt. Das kann dann vielleicht dazu führen, dass am Schluss ein Nullsummenspiel herauskommt. Weiter gilt es zu bedenken, dass es sich bei dem Geld um einen unsicheren Budgetposten handelt, der nur schlecht voraussehbar ist und mit dem entsprechend nur unsicher geplant werden kann. Trotz diesen Bedenken sind wir aber grossmehrheitlich bereit, dass wir der Lancierung dieser Initiative durch die Stadt Liestal zustimmen.

Anita Baumgartner (GL) erklärt als Sprecherin der Grünen Fraktion, dass auch die Grüne Fraktion der Initiative zustimmt. Wir sind mit Blick auf unsere Stadtfinanzen erfreut über alle Bestrebungen, die der Stadtrat in den Angriff nimmt, um unsere Einnahmeseite mit neuen Quellen zu erschliessen. Die Kantonalbank ist in Liestal jedoch ein wichtiger Arbeitgeber und trägt sicher auch wesentlich zum Erhalt unserer Gastronomie im Städtchen bei. Deshalb ist es uns noch wichtig an dieser Stelle klarzustellen, dass die Initiative sich nicht gegen die BLKB richtet, so wie es ja auch im Bericht schon geschrieben ist. Wir teilen die Ansicht des Stadtrats, dass eine stärkere Partizipation der Gemeinden an der Gewinnausschüttung der Bank hilfreich wäre, um die immer grösser werdende finanzielle Belastung der Gemeinden besser aufzufangen. Wir sind auch der Meinung, dass wir als Stadt in der Lage sind, die Mittel effizient und nachhaltig einzusetzen und insbesondere für unsere dringenden Investitionen in unsere Schulgebäude, die wir schon seit längerem vor uns herschieben, wären die zusätzlichen Einnahmen sicher sehr wertvoll.

Daniel Schwörer (FDP) möchte noch auf zwei Details hinweisen. Wir sehen im Initiativtext, dass die federführende Gemeinde Liestal ist. Ich denke, da dürfen wir unserem Stadtrat schon gratulieren, dass er die Initiative für diese Initiative ergriffen hat, vorangegangen ist und hier federführend ist. Die zweite Bemerkung ist nicht all zu ernst zu nehmen. Ich finde es gut, dass die Initiative nur den Gewinn verteilt und nicht auch einen allfälligen Verlust.

Stadtpräsident Daniel Spinnler bedankt sich für die positive Aufnahme dieser Initiative. Es wurde gefragt, warum nicht unsere umliegenden Gemeinden dabei sind. Das ist bewusst so gewählt, denn es benötigt fünf Gemeinden, damit die Initiative eingereicht werden kann. Wir haben eine Gruppe zusammengesetzt aus verschiedenen Gemeindepräsidenten des ganzen Kantons, damit alle Kantonsteile beteiligt sind. Wir haben dann aber auch alle Gemeinden informiert, bevor wir hier an die Öffentlichkeit gegangen sind. Diese Initiative und auch die andere, die wir nachher noch besprechen, sind beide sehr positiv aufgenommen worden. Wie bereits erwähnt wurde, möchte ich nochmals betonen, dass die Kantonalbank ein wichtiger Arbeitgeber und unsere Bank ist. Die Kantonalbank hat aber auch gewisse Probleme. Hier tut es mir leid für die Mitarbeitenden, die eigentlich einen guten Job machen und nun darunter leiden und unter Kollektivhaft genommen werden. Die Kantonalbank macht auch wichtige Sachen wie Anlässe in der Region. Früher waren es die Zertifikatsveranstaltungen in der St. Jakobshalle, jetzt geht die Kantonalbank zu den Leuten raus. Sie ist unter anderem letztes Jahr im Stedtli gewesen und hat ein Volksfest für alle gemacht. Wie gesagt, es geht auch um die Verteilung des Gewinns, mit dem wir einfach nicht zufrieden sind, weil die Kantonalbank steuerbefreit ist. Ich möchte noch festhalten, dass die Risiken von allfälligen Verlusten oder des Bankrotts, der aber aufgrund der genügenden Kapitalisierung nicht eintreten sollte, explizit abgegolten werden. Im Jahr 2024 waren dies 5.5 Mio. Franken. Die 5,5 Mio. Franken sind nicht von der Regelung betroffen, diese gehen weiterhin an den Kanton. Nun noch zu den Vorbehalten, die ihr ausgedrückt habt. Da müsst ihr euch keine Sorge machen, denn es steht explizit im Paragraphen zur Ausschüttung des Reingewinnes, dass die Ausschüttung in der Regel gleich hoch sein muss wie die Zuweisung an die Reserven. Die Kantonalbank schüttet also nie den ganzen Gewinn aus, sondern sie bauen immer auch einen Teil in die Reserven ein. So wie die Bestimmung formuliert ist, muss die Zuweisung an die Reserven aber nicht immer gleich hoch sein. Hier könnte ein Ausfall des Kantons auch kompensiert werden. Wie bereits erwähnt, ist die Kantonalbank sehr gut in den Reserven dotiert. Entsprechend ist das aus unserer Sicht auch kein Problem. Ich bedanke mich für die positiven Worte und für die Unterstützung. Es ist eine tolle Gruppe und wir binden selbstverständlich alle anderen Gemeinden auch ein. Wie gesagt, sie sind sehr positiv gestimmt zur Initiative und sie werden ebenfalls mitziehen, davon bin ich überzeugt.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun über den stadträtlichen Antrag abstimmen lässt.

://: Einstimmig stimmt der Einwohnerrat der formulierten Initiative über die gerechte Verteilung der staatlichen Bankengewinne «Bankgewinn-Initiative» zu und ermächtigt den Stadtrat dazu, die Initiative bei Bedarf zurückzuziehen.

7. Nichtformulierte Gemeinde-Initiative über die faire Verteilung von Aufgaben und finanziellen Mitteln zwischen Kanton und Gemeinden («Wer befiehlt, zahlt!-Initiative»); Nr. 2025-70

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Jonas Bischofberger (SP) orientiert als SP-Fraktionssprecher, dass es seine Fraktion auch hier grundsätzlich begrüsst, dass der Stadtrat über die Grenzen von Liestal hinausdenkt und die kantonalen Begebenheiten miteinbezieht. Es ist in unserem zentralisierten Kanton tatsächlich nicht einfach, wie stark die Ausgaben, aber auch die Einnahmen der Gemeinden vom Kanton abhängig sind. Das sieht man auch im aktuellen Budget, in welchem die Einnahmen durch die Vermögenssteuern tiefer als erwartet ausfallen. Leider blendet aber die Initiative die Hälfte dieser Gleichung eigentlich aus. Sie will neue Hürden schaffen, wenn der Kanton Gemeinden zum Beispiel mit Minimalstandards zu neuen Ausgaben zwingt. Wenn der Kanton aber mit seiner Steuerdumping-Politik die Einnahmen der Gemeinden wegbrechen lässt, dann ist das dieser Initiative egal. Ganz konkret kann diese Initiative eigentlich zu 2 Folgen führen: Entweder reisst der Kanton Aufgaben an sich, weil er ja sowieso dafür zahlen muss und entsprechend auch bestimmen möchte, oder der Kanton auferlegt den Gemeinden keine neuen Mindeststandards, welche dies erfüllen müssen. In diesem Fall befeuert die Initiative schlussendlich einen Wettkampf unter den Gemeinden. Ich finde es aber zum Beispiel gut, wenn alle Kinder im Baselbiet, egal in welcher Gemeinde, in Primarschulen gehen können, die gewissen Standards entsprechen und die zum Beispiel einen gewissen Betreuungsschlüssel haben. Von dem profitieren wir ja auch als Liestal, wenn dann Kinder aus einer anderen Gemeinde zu uns ziehen sollten. Dasselbe gilt natürlich auch bei ganz vielen anderen staatlichen Leistungen. Ich frage mich aber schon, ob wir unter den Gemeinden neben dem Steuerwettbewerb, den wir sowieso schon haben im Kanton, wirklich auch noch einen Bildungswettbewerb, einen Sozialstaatswettbewerb, einen Infrastrukturwettbewerb und so weiter brauchen? Mit dieser Initiative können die Gemeinden also noch viel mehr gegeneinander ausgespielt werden und das führt letztlich auch für die einzelnen Gemeinden und somit auch für Liestal eher zu noch höheren Kosten. Deshalb erscheint uns diese Initiative eigentlich vor allem als Abbauinitiative, weil man dann einfach vom Kanton her nicht mehr die Mindeststandards haben will. Ausserdem müssen wir beachten, dass das Baselbiet seit dem Anfang als relativ zentraler Kanton aufgebaut ist. Diese Initiative will also den bisherigen Staatsaufbau von unserem Kanton im Kern hinterfragen und angreifen. Für ein derart radikales Anliegen ist sie dann aber nicht wirklich weit ausgearbeitet oder durchdacht, wenn man beispielsweise gerade die Einnahmeseite anschaut. Wir danken dem Stadtrat, dass er so bereit ist, Out-of-the-Box zu denken und er sich nicht zu schaden dafür ist, sich auch mit dem Kanton anzulegen. Diese vorliegende Initiative ist aber aus unserer Sicht ein radikaler und unüberlegter Fehlgriff, den wir so nicht mittragen können.

Richard Gafner (FDP) meint als FDP/Mitte-Fraktionssprecher, dass man da eigentlich anderer Ansicht ist. Der Kanton delegiert immer mehr Aufgaben an Gemeinden, ohne dass es nachhaltig finanziert wird. Wir bekommen als Gemeinde in diversen Gebieten Aufgaben aufgedrückt. Es kann nicht sein, dass der Kanton einfach Aufgaben delegieren kann und sich nicht darum kümmern muss, wo das Geld herkommt oder wie das finanziert ist. Unter diesem Aspekt sind wir schon der Meinung, dass es die Initiative braucht. Es genügt möglicherweise bereits, wenn auf Kantonsebene eine Diskussion angeregt wird, die dringend notwendig ist. Von dem her gesehen wird unsere Fraktion die nichtformulierte Gemeindeinitiative sicher unterstützen.

Markus Rudin (SVP) erklärt namens der SVP-Fraktion, dass seine Fraktion die Sicht der FDP/Mitte-Fraktion teilt. Der Kanton verteilt immer mehr Lasten auf uns Gemeinden und deshalb finden wir es gut, dass wir Gegensteuer geben. Wir unterstützen den Antrag.

Domenic Schneider (GLP) sagt als GLP/EVP-Fraktionssprecher, dass es aktuell etwa so gehandhabt wird: „Wer entscheidet zahlt, ausser, wenn der Kanton entscheidet“. Von dem her unterstützen wir, dass der Regierungsrat bei seinen Entscheidungen ganz klar aufzeigen muss, was dies an Kostenfolgen haben könnte. Ich habe dann auch ein bisschen geschaut, was es für mögliche Risiken gäbe. Ja, es kann sein, dass der Kanton mehr Ausgaben hat, weil er die Mehrkosten der Gemeinden wieder übernehmen muss, die er bis jetzt einfach so abgewälzt hatte. Es kann auch sein, dass das Ganze politisch einfach ein bisschen länger geht, wenn der Landrat plötzlich mehr Informationen über die finanziellen Auswirkungen hat und diese zunächst in den Gemeinden abholen muss. Dazu kommt, dass es immer wieder Interpretationsspielraum gibt. Aber genau deswegen ist es eine nichtformulierte Initiative, die aus unserer Sicht auch ein gutes Ganzes bildet. Zudem bin ich der Meinung, dass der Kanton die Gemeinden entlasten sollte, ohne dass die Gemeinden untereinander einen Konkurrenzkampf haben müssen. Ich persönlich habe das nicht so herausgelesen. Die GLP/EVP-Fraktion wird die Initiative unterstützen.

Anita Baumgartner (GL) weist als Sprecherin der Grünen Fraktion nochmals auf die finanzielle Situation von Liestal hin. Wie ich vorhin schon gesagt habe, haben wir wichtige Investitionen, die anstehen und die immer wieder verschoben werden. Der Stadtrat und der Einwohnerrat haben in den letzten Jahren einiges unternommen, um das zu ändern: Stichwort Aufgabenüberprüfung, Stichwort Auslagerung der Sozialhilfe etc. Gleichzeitig haben wir nicht den Eindruck, dass wir in Liestal das Geld einfach zum Fenster rauswerfen. Die Steuern sind im kantonalen Vergleich auch nicht gerade tief. Deshalb unterstützen wir auch das Anliegen des Stadtrates. Diese Initiative fordert im Grundsatz eigentlich einfach die Einhaltung oder die Umsetzung der bundesverfassungsrechtlichen Vorgabe der fiskalischen Äquivalenz. Das ist eigentlich nichts Neues. Dass man den Kanton einmal daran erinnert, dass das auch im Kanton Baselland gelten soll, finden wir einen guten Ansatz. Es geht darum, dass das Gemeinwesen, wo der Nutzen einer staatlichen Leistung anfällt, auch deren Kosten tragen soll und die Kosten mit den Leistungen übereinstimmen sollen. Zusätzlich wird gefordert, dass die Kostentransparenz in den Landratsvorlagen ausgewiesen werden soll, wenn es um Anliegen geht, die Gemeinden betreffen. Dies gefällt uns gut. Es ist aus unserer Sicht zwingend, dass der Landrat sich bewusst ist, welche Auswirkungen seine Entscheidungen auf die Gemeinden haben. Das scheint mir im Sinne der Demokratie zu sein. Es ist deshalb wichtig, dass das wieder einmal deponiert wird. Unsere Fraktion ist für die Annahme dieser Initiative. Wir werden zustimmen und wir sind auch zuversichtlich, dass der Kanton Möglichkeiten finden kann, eine zweckmässige Lösung anzubieten.

Bernhard Bonjour (SP) erklärt als Einzelsprecher, dass er das Sprichwort im Titel „wer zahlt, befiehlt“ schlecht findet. Es gibt viele Bereiche, bei denen ich nicht dafür bin, dass der, der zahlt, dann auch befiehlt. Und die Umkehrung würde ich in ganz vielen Lebensbereichen auch nicht so ohne Weiteres akzeptieren. Aber am wichtigsten ist mir das, was Jonas Bischofberger (SP) schon gesagt hat. Ich versuche es einfach in anderen Worten noch einmal zu sagen: Die übergeordneten staatlichen Behörden, zum Beispiel der Landrat, können sagen, dass bestimmte Standards gesetzt werden sollen, an die sich auch die Gemeinden im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung halten müssen. Ich finde es auch wichtig, dass er das sagen kann und dafür sorgt, dass sich Gemeinden nicht einfach bei gewissen Pflichten rausnehmen können. Es ist durchaus denkbar, dass neue Bedürfnisse auftauchen. Dies geschieht auch immer wieder, denn die Gesellschaft entwickelt sich. Es geht darum, dass der Landrat zum Beispiel neue Standards und Rechte verschiedener Personen festlegen kann, die von allen Gemeinden erfüllt werden müssen. Wenn wir sagen, der Kanton muss das finanzieren, dann macht er eventuell den Standard nicht und das finde ich schlecht. Ich möchte nicht, dass bestimmte Ideen, Werte oder übergeordnete Ziele von der übergeordneten staatlichen Institution nicht mehr vorgegeben werden können. Mit den ersten zwei Punkten, die in der Initiative stehen, bin ich sehr einverstanden. Diese finde ich sehr wichtig. Da macht einfach der Landrat seine Arbeit nicht, wenn er das nicht jedes Mal sehr deutlich verlangt und mitberücksichtigt. Aber dass es

überhaupt nicht mehr möglich ist, auf übergeordneter Staatsebene Standards zu setzen, die alle Gemeinden in die Pflicht nehmen, das finde ich nicht gut. Darum bin ich gegen diese Initiative.

Daniel Schwörer (FDP) nimmt Bezug auf die Bestimmung der Kantonsverfassung. In dieser steht etwa frei übersetzt: Der Kanton trägt nach Möglichkeit dem Grundsatz Rechnung, dass die Zuständigkeit für eine Aufgabe und die dafür notwendigen finanziellen Ressourcen beim gleichen Gemeinwesen liegen. Und das heisst mit einem etwas schöneren Begriff oder Fremdwort „Fiskalische Äquivalenz“. Die Initiative hält dies auch fest, lediglich in einem etwas stammtischmässigen Wortlaut. Der Titel ist insofern richtig gewählt, dass er eben sagt, wer befiehlt, der zahlt auch. Wenn der Kanton Standards vorgibt, hat er auch dafür zu sorgen, dass bei den Gemeinden die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung stehen. Wenn wir die Entwicklung vor allem im Bildungswesen anschauen, dann gibt es einfach immer mehr Regelungen, die vom Kanton vorgegeben werden. Die werden eventuell nicht einmal vom Landrat bestimmt, sondern vom Regierungsrat oder gar der BKSD. Und diese Standards bewirken bei den Gemeinden erhöhte Kosten, insbesondere Personalkosten. Von Seiten der SP haben wir auch noch gehört, dass eine Gleichbehandlung der Gemeinden sichergestellt werden und kein Konkurrenzkampf entstehen soll. Ich muss einfach daran erinnern, dass der Kanton nicht einfach nur ein Kanton ist. Er hat 86 Gemeinden und diese 86 Gemeinden sind die unterste Staatsebene. Wir kennen auch den Begriff der Gemeindeautonomie. Die Gemeindeautonomie ist nicht eine unendliche, sie ist vielmehr sehr eingeschränkt durch kantonale Vorgaben. Wenn alle Gemeinden über den gleichen Leist geschlagen werden sollen, dann müssen wir den Gemeinden Primarschulen wegnehmen, wir müssen ihnen die Sozialhilfen wegnehmen und dann muss man sich fragen, warum es überhaupt noch Gemeinden braucht. Wir brauchen die Gemeinden, denn je kleiner das Gemeinwesen ist, desto effizienter und effektiver werden Aufgaben gelöst. Dass Gemeinden eben das kleinere effizientere Gemeinwesen sind als der Kanton, das kann man an vielen Beispielen zeigen. Zum Schluss noch eine Bemerkung wegen der Gleichbehandlung aller Gemeinden. Was der Kanton sehr ausgeprägt hat, ist der Finanzausgleich. Der Kanton Basel-Land kennt einen der luxuriösesten Finanzausgleiche, damit eben auch die kleinen Gemeinden lebensfähig sind. Nur allein der Finanzausgleich reicht aber auch nicht, damit die Aufgaben, die immer mehr auf die Gemeinden zukommen, finanziert werden können. Deshalb muss man aus liberaler und aus staatspolitischer Sicht die Initiative unbedingt gutheissen. Die FDP wird sicher für die Initiative stimmen.

Thomas Eugster (FDP) nimmt Bezug auf die Aussagen von Daniel Schwörer (FDP). Er hat es bereits mehrheitlich gesagt. Ich möchte es einfach noch einmal wirklich betonen. Der § 47a Absatz 2 der Kantonsverfassung lautet: „Sie gewähren den Gemeinden grösstmögliche Regulations- und Vollzugsfreiheit (Gemeindeautonomie) und können für sie unterschiedliche Regelungen vorsehen (Variabilität).“ Es ist also auch in der Kantonsverfassung drin, dass Gemeinden Gemeindeautonomie haben sollen. Nun zur Befürchtung, dass es dann Ungleichheit gibt. Ja, in gewissen Bereichen ist es so, dass wir ungleich sind, weil wir eben Gemeindeautonomie haben. Das ist auch ok. Das ist in unserem System einer der Vorteile, die wir haben und das sollten wir nicht untergraben. Wenn man aber wirklich will, dass etwas überall gleich ist, dann soll eben halt der Kanton dafür zahlen. Das geschieht aber auch. Ich kann euch ein einfaches Beispiel nennen: Das 6. Primarschuljahr. Es ist bestimmt worden, dass das in die Primarschule geht. Jede Gemeinde erhält entsprechend Geld für das. Im Beispiel, das als Aufhänger genommen wurde, hat der Regierungsrat zunächst gesagt, dass die Gemeinden dies selbst regeln sollen, weil nicht in jeder Gemeinde genau die gleiche Situation ist. Der Landrat hat dann den Regierungsrat aber überstimmt und gesagt, das soll für alle gleich sein. Aber dann müsste mindestens klar sein, was die finanziellen Folgen sind. Der zweite Punkt ist, dass wenn der Kanton etwas bestimmen möchte, er das machen soll, sofern er für die Kosten dafür aufkommt. Also ich sehe nicht, warum die SP ein Problem mit dieser Initiative hat. So wie es geregelt ist, ist es eben am Schluss gut geregelt für die Gemeinden. Wenn es wirklich eine Aufgabe ist, die übergreifend über alle Gemeinden gleich gemacht werden soll, weil das aus kantonaler Sicht wichtig ist, dann kann der Kanton dies so bestimmen. Dann soll er aber auch dafür zahlen. Also aus meiner Sicht ist das völlig okay. Deshalb bin ich für die Initiative.

Bernhard Bonjour (SP) möchte gerne zu den Aussagen von Daniel Schwörer (FDP) Stellung nehmen. Ich habe ein neues Wort gelernt, die fiskalische Äquivalenz. Und so wie du ausgeführt hast, heisst das, dass der Kanton Sorge dazu tragen muss respektive auch in der Verantwortung steht, dass die Gemeinden auch die entsprechenden Einnahmen haben, wenn sie bestimmte Aufgaben erfüllen sollen. Und das finde ich richtig. Das ist aber nicht das, was in dieser Initiative steht. In der Initiative steht drin, dass wenn der Staat irgendwelche Vorschriften macht oder Anordnungen trifft, er dies dann selbst bezahlen muss. Das ist meiner Meinung nach ein Unterschied. Die erste Initiative, der wir alle zugestimmt haben, die hat genau mit dieser fiskalischen Äquivalenz zu tun. Dort ist es völlig richtig. Bei dieser zweiten Initiative finde ich es unsauber und man hat die Risiken nicht wirklich bedacht. Es muss möglich sein, dass der Kanton Vorschriften macht, welche die Gemeinden erfüllen. Aber man muss für die fiskalische Äquivalenz sorgen. Das ist die Arbeit des Landrates. Bei all den Massnahmen, die getroffen wurden und mit denen man etwas an die Gemeinden abgewälzt hat, da hat der Landrat nicht aufgepasst und seine Arbeit nicht gemacht. Ich will einfach noch einmal sagen, es ist nicht unsere Partei, die die Fiskalpolitik macht, sondern es sind andere Parteien, die das jeweils abnicken.

Jonas Bischofberger (SP) möchte darauf eingehen, dass die Prinzipien ja sowieso bereits in der Verfassung stünden und dass die Initiative ja sowieso nicht formuliert sei. Hier stelle ich mir die Frage, weshalb es die Initiative überhaupt braucht, wenn es ja gar nicht so schlimm ist. Es ist auch gesagt worden, die Initiative solle eine Diskussion anstossen. Das ist mir natürlich gerade als JUSO sehr sympathisch, denn auch von uns gibt es immer wieder Initiativen, die eine Diskussion anstossen sollen. Ich frage mich aber, ob eine Stadt Liestal mit ihrer Gemeindeinitiative die gleiche Strategie wählen muss wie eine JUSO oder ob nicht direkt etwas Durchdachteres gebracht werden kann. Das andere, worauf ich eingehen möchte, ist die Gleichbehandlung der Gemeinden. Das ist ja nicht das, was wir fordern. Wir sagen nicht, alle Gemeinden müssen immer alles gleich machen und man soll es eigentlich am besten abschaffen, dass es verschiedene Gemeinden gibt. Das ist ja auch jetzt nicht so und das würde ja auch mit dieser Initiative nicht kommen. Sondern es ist ja genau möglich, wie Thomas Eugster (FDP) auch gesagt hat, dass der Kanton Vorschriften macht und sagt, es ist wichtig, dass das bei allen mindestens so ist. Mit der vorliegenden Initiative wird es aber schwieriger, Standards zu setzen und den Gemeinden dennoch Freiraum zu lassen, ohne direkt alles zum Kanton zu nehmen. So wie die Initiative ausgestaltet ist, bleibt dem Kanton ja nur noch die Möglichkeit, dass er etwas zu sich nimmt, wenn er gewisse Standards setzen möchte. Dadurch, dass den Gemeinden so noch mehr Kompetenzen entzogen werden, werden sie schlussendlich nur geschwächt. Wenn der Kanton aber die andere anfangs erwähnte Route geht und entscheidet, weniger Mindeststandards vorzugeben, dann führt es zu diesem Wettbewerb und dann führt es dazu, dass Gemeinden in Konkurrenz zueinander stehen, was dann schlussendlich allen schadet.

Daniel Schwörer (FDP) möchte nochmals auf die Aussagen von Bernhard Bonjour (SP) eingehen. Ich wage es zu behaupten, dass wir in unseren Ansichten gar nicht weit voneinander entfernt sind. Ich nehme dein Stichwort „Arbeit des Landrates“ auf. Dies ist genau so und dies steht ja auch in der Initiative. In den Vorlagen des Landrates werden nicht nur die finanziellen Folgen für den Kanton, sondern auch die finanziellen Folgen für die Gemeinden aufgezeigt. Das heisst, die Initiative gibt der Regierung den Auftrag, dem Landrat alle Folgen aufzuzeigen, damit der Landrat, der am Schluss entscheidet, seine Verantwortung auch wahrnehmen kann. Nun zur Frage, weswegen es diese Initiative braucht. Es braucht sie deshalb, weil eben die Verfassung sagt, „Sie tragen nach Möglichkeit dem Grundsatz der fiskalischen Äquivalenz Rechnung“. Es gelten also keine absoluten Befehle, dem Grundsatz soll nur nach Möglichkeit Rechnung getragen werden. Das hat man damals politisch einfügen müssen, damit diese Verfassungsnorm überhaupt eine Zustimmung erhalten hat. Damit diese Möglichkeit zur Rechnungstragung der fiskalischen Äquivalenz gegeben ist, verlangt jetzt die Initiative zu Recht, dass die Regierung eben aufzeigt, was die finanziellen Konsequenzen sind. Ich hoffe, ich habe dich überzeugt und du wirst jetzt auch dafür stimmen.

Stadtpräsident Daniel Spinnler führt aus, dass der Einwohnerrat den Entwicklungsplan jeweils aufmerksam durchliest und die Problematik dort drin schon lange aufgezeigt wurde. Wir haben Gemeinden, die sehr stark eingeschränkt sind, obwohl es eine Gemeindeautonomie geben sollte. Wenn man in anderen Kantonen schaut, was die Gemeinden dort für Aufgaben übernehmen, dann sieht man, dass dies wunderbar funktioniert. Wir haben mit dem § 47a eine etwas spezielle Regel, die eine solche Ausnahme „nach Möglichkeit“ beinhaltet. Ich habe das Gefühl, wir werden immer mehr eingeschränkt und zu Verwaltungsaussenstellen des Kantons. Wir sehen es auch jeweils beim Budget, dass wir viele gebundene Ausgaben haben. Ich bin der Meinung, die Gemeinden haben eine wichtige und grosse Berechtigung, denn wir sind ganz nah bei den Leuten und wir verstehen viel besser als die übergeordneten Ebenen, was unsere Bevölkerung vor Ort braucht. Ich möchte kurz aufzählen, was es denn beispielsweise für Aufgaben gibt. Zunächst möchte ich aber noch erwähnen, dass der Kanton nicht einfach irgendwelche Aufgaben herumschieben kann. Es gibt eine Verfassungsgrundlage in der steht, wer was macht. Nun aber zu den Aufgaben, die uns einschränken. Ich lese hier einige vor: Abwasserbeseitigung, Ergänzungsleistungen, AHV, Zivilschutz, Schiesswesen, Primarschule, Kindergarten, Schulleitung, Schulrat, Pflegeheim, Sozialhilfe, ambulante Krankenpflege, Asylbereich, KESB, Wasserversorgung, Musikschulen, Abfallbeseitigung, Polizei und Agglomerationsverkehr. Es wird angenommen, dass diese Aufgabenbereiche rund 80 % unserer Finanzen binden. Das sind alles Aufgaben, die wir zu erledigen haben und bei denen wir nicht viel mitsprechen können. Ich möchte auch noch festhalten, dass es nicht so ist, dass wir irgendwelche Standards abschaffen wollen. Aber es gibt Bereiche, bei denen die Gemeinden besser planen können. Ich frage mich beispielsweise, weswegen der Kanton uns sagen muss, wie wir die Primarschule regeln sollen. Es wird vorgegeben, dass jede Lehrperson genau gleich viele Lektionen haben soll. Bei uns an der BFH erhält jeder eine Leistungsvereinbarung in welcher geregelt ist, wer wieviel Unterricht hat und wer wie viele Projekte macht. In diesem Bereich macht der Kanton jedoch Mikro-Management-Vorgaben. Dann hatten wir ein anderes Thema. Während Corona hat der Kanton plötzlich entschieden, dass die Gemeinden für die Subventionen der Kindertagesstätten aufkommen müssen. Es ist unsere Aufgabe, was fällt ihnen also ein, uns hier einfach Vorgaben zu machen? Wir hätten dies selbst lösen können. Es wurde dann Druck gemacht und sie haben es zurückgenommen. Beim Thema Ergänzungsleistungen hat der Kanton eine Obergrenze eingeführt und senkt diese jährlich. Die Gemeinden sollen dann im Rahmen der Restkostenfinanzierung ebenfalls Tarife festlegen. Das wurde gemacht und die Heime mussten mit den Normkosten zurechtkommen. Nun gibt es aber ein Urteil des Bundesgerichts, das festhält, dass dies so nicht in Ordnung geht. Der Kanton ist jetzt hier fein raus und die Gemeinden tragen nun die Kosten. Dann möchte ich noch auf etwas Anderes hinweisen. Irgendwann hat der Bund beschlossen, dass asylbewerbende, flüchtende Menschen abhängig von ihrer Aufenthaltsdauer von der Sozialhilfe getragen werden müssen. Die sogenannten 5+ und 7+. Dies hat eine extreme Wirkung auf die Sozialhilfe. Hier geht es nun noch weiter. Jetzt haben wir das Entlastungspaket des Bundes, mit welchem die Kosten auf die Kantone verlagert und eine Statusvereinheitlichung auf 5 Jahre eingeführt werden soll. Damit sparen sie ganz viel Geld. Bei der Ertragsseite wollen sie uns auch Vorschriften machen. Das ist zwar nicht in der Initiative, aber das möchte ich dennoch erwähnen. Auch hier beginnt der Kanton den Gemeinden Regulierungen aufzuerlegen. Ein Thema, welches auch vor Kurzem in der Zeitung war, ist das Thema der Mehrwertabschöpfung. Hier wurde uns ein Verbot auferlegt, dass die Gemeinden nicht einmal mehr selbst bestimmen dürfen, wie hoch die Mehrwertabschöpfung ist. Dies hat das Bundesgericht nun aber gekippt. Es kommt mir ehrlich gesagt vor, dass der Kanton das Gefühl hat, dass die Gemeinden kleine Kinder sind, welche an der Hand genommen werden müssen und selbst sowieso nichts machen können, weil sie es nicht im Griff haben. Das ist so, wie Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten den Kanton wahrnehmen. Auf der anderen Seite ist man teilweise auch etwas selbst schuld, wenn neue Aufgaben kommen und Gemeinden rufen, dass sie das nicht machen können und der Kanton ihnen helfen soll. Das sehe ich jedoch anders. Wenn es unsere Aufgabe ist, dann machen wir es. Ganz zentral bei dieser Initiative ist, dass wir nicht von allen Standards und Kosten sprechen. Wir sprechen hier von Aufgaben, bei welchen ganz klar geregelt ist, dass es sich um Gemeindeaufgaben handelt. Und warum brauchen wir jetzt eine Initiative? Das

Problem ist, dass wir viel zu lange zu passiv waren als Gemeinden und wir viel zu lange versucht haben mit dem Landrat zu reden um unsere Anliegen einzubringen. Aber wir werden einfach nicht gehört. Entsprechend müssen wir jetzt dieser Verfassungsbestimmung von § 47a Nachdruck geben. So, damit wir diese Kostenäquivalenz hinbekommen. Wir wollen eigentlich, dass der § 47a ganz klar geregelt ist und dass dem Landrat auch klar ist, was „nach Möglichkeit“ heisst. Denn jetzt wird das einfach irgendwie interpretiert. Wir wollen, dass hier jetzt einmal daran gearbeitet wird. Deswegen ist es auch eine nicht formulierte Initiative, denn es ist kein triviales Thema wie das vorhergehende. Hier handelt es sich um eine hochkomplexe Aufgabe. Aber wir müssen jetzt einen Anstoss liefern und handeln. Denn wenn wir nichts machen und wenn die Initiative nicht weitergezogen wird, dann passiert nichts und dann geht es genau gleich weiter. Ich kann sagen, dass die Initiative vom VBLG und den Gemeinden sehr positiv aufgenommen worden ist. Sie hilft uns auch, dass wir gehört werden. Es geht uns nicht darum, dass wir irgendwelche Standards abschaffen wollen. Es geht darum, dass den Gemeinden in gewissen Bereichen wieder mehr Autonomie zukommt. Danke vielmals für die Zustimmung. Ich hoffe, ich habe euch mit meinem flammenden Votum doch noch überzeugen können.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun über den stadträtlichen Antrag abstimmen lässt.

://: Mit 29 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen stimmt der Einwohnerrat der nichtformulierten Initiative über die faire Verteilung von Aufgaben und finanziellen Mitteln zwischen Kanton und Gemeinden («Wer befiehlt, zahlt!-Initiative») zu und ermächtigt den Stadtrat dazu, die Initiative bei Bedarf zurückzuziehen.

8. Schwieri-Passerelle – Postulat «Signalisation Schwieri-Passerelle als Fussweg mit Zusatz "Velos gestattet"» von Anita Baumgartner und Andreas Sutter der Grünen Faktion, Alexandra Muheim der SP-Fraktion und Yves Jenni der GLP/EVP-Fraktion (Nr. 2025-56)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Stadtrat Daniel Muri teilt mit, dass der Stadtrat das Postulat nicht entgegennehmen möchte, da das Postulat Arbeit generiert, die nicht erforderlich ist. In der Planaufgabe besteht die BAV-Aufgabe, dass die Passerelle ausschliesslich für den Fussgängerverkehr und nicht für den Radverkehr genutzt werden darf. Dies ist so auch in der Nutzungsvereinbarung, die unter anderem die Dimensionierung, die Statik, die Breite etc. beschreibt, festgelegt. Die Passerelle wurde entsprechend den Vorgaben aus der Nutzungsvereinbarung gebaut. Die Begründung, weswegen wir das Postulat nicht entgegennehmen wollen, ist eigentlich bereits eine vorgezogene Postulatsbeantwortung. Wenn das Postulat umgesetzt werden sollte, müsste beim BAV neu auf Feld 1 angefangen werden und dies ist chancenlos. Es wird von Schwingungen, Statik usw. geredet und ist deshalb nicht möglich. Entsprechend empfiehlt der Stadtrat, dies nicht entgegenzunehmen.

Anita Baumgartner (GL) erklärt als Postulantin, dass das Postulat das Anliegen aufgreift, das bereits mehrfach persönlich an sie herangetragen wurde. Ich gebe auch zu, dass ich persönlich ein Interesse an der Befahrbarkeit der Schwieri-Passerelle habe. Für viele Velofahrende ist es schlicht nicht nachvollziehbar, warum man auf dieser Passerelle nicht fahren darf – abgesehen natürlich vom Verbotsschild. Zum einen wird die Breite immer als genug breit empfunden, dass man problemlos aneinander vorbeikommt. Zum anderen ist es ja auch nicht so, dass Massen von Leuten über diese Passerellen gehen und Velofahrende Stau produzieren würden. Bezüglich der aktuellen baulichen Situation sehen wir schon, dass es vielleicht einen Anpassungsbedarf gäbe auf der Seite der Gartenstrasse. Deshalb sind wir zum Schluss gekommen, dass wir ein Postulat einreichen möchten. Wir möchten den Stadtrat bitten zu prüfen und zu berichten, ob es denn nicht möglich wäre, die Passerelle für eine gemeinsame Nutzung freizugeben, was allenfalls angepasst werden müsste und was die möglichen Kostenfolgen wären, wenn man das umsetzen würde. Wir sind uns bewusst, dass die finanzielle Situation der Stadt Liestal keine sofortige Umsetzung erlaubt. Deshalb haben wir das Instrument eines Postulats und nicht einer Motion gewählt. Es geht wirklich darum, dass man das sauber abklären und die Mittel ausweisen könnte. Jetzt zur BAV-Thematik: Da bin ich planungsrechtlich zu wenige bewandert, was das genau bedeutet. Vom Technischen her haben wir noch weitere Ausführungen zu machen, aber es scheint mir nicht ganz einleuchtend zu sein, dass es nicht möglich sein soll.

Andreas Sutter (GL) bedankt sich als Mitpostulant bei Stadtrat Daniel Muri für die Ausführungen. Diese sind natürlich alle sehr ernst zu nehmen, das ist klar. Ich bin einfach der Meinung, man müsste es ein bisschen mit Augenmass anschauen. Man hat eine Brücke und eine breite Rampe, bei der man auch schon einmal einem Herren im Auto sagen musste, dass er dort wieder retour herunterfahren soll. Es muss doch möglich sein, dass, wenn man sein Velo über die Brücke stossen kann, man auch darauf sitzen kann. Ich bin der Meinung, die Statik kann in dem Fall auch nicht wirklich ein Thema sein. Dass es jetzt rechtlich Folgen haben wird, ist mir bewusst. Ich bin dennoch der Meinung, dass nur, weil wir uns jetzt hier einen Gesetzeswald geschaffen haben, der es nicht möglich macht, darüber zu fahren, wir uns nicht damit begnügen müssen. Das erinnert mich ein bisschen an die Kinderlektüre der Schildbürger. Ich bin der Meinung, es wäre die Aufgabe des Einwohnerrates, in so einer Situation mit Augenmass vorgehen zu können. Und wenn man gefahrlos auf dem Velo darüberfahren kann und man gut aneinander vorbeikommt, wäre es schön, wenn man es versuchen könnte.

Stefan Fraefel (Mitte) bemerkt als FDP/Mitte-Fraktionssprecher etwas ironisch, dass das Postulat doch eine gute Sache sei. Ich erzähle euch, wie das ablaufen wird: Von der Burg her fährt man mit Tempo 30 und hat es möglicherweise etwas eilig. Dann kommt bereits die erste Schlüsselstelle: Die Verengung zu Beginn der Brücke. Der Adrenalinspiegel steigt und man fragt sich, ob man es mit Tempo 30 dort durch schafft oder ob man in die Wand fährt. Und wenn ich es geschafft habe, frage ich mich, ob dahinter ein alter Mann steht, dem ich vielleicht noch ausweichen kann, vielleicht aber auch nicht. Wenn ich dies geschafft habe kommt bald bereits schon die nächste scharfe Rechtskurve. Unten dann gelange ich zu einer Sackmessenkurve, bei welcher es mir möglicherweise ganz knapp reicht, um dem Kinderwagen auszuweichen. Möglicherweise aber auch nicht. Unten habe ich dann schon schön Schwung und fahre, bestimmt nicht mit mehr als 20 km/h, auf die Poststrasse. Und warum? Es geht nicht nur ums Adrenalin, ich habe auch keine Zeit. Der Umweg von höchstens 2 Minuten via Bahnhof oder via Burg ist zu lange, diese Zeit kann ich mir nicht nehmen. Wenn ich die Zeit hätte, könnte ich das Auto nehmen, lange einen Parkplatz suchen und den Rest laufen. Ich hoffe ihr merkt, dass es nicht so einfach ist. Ein Aspekt ist der rechtliche. Der andere Aspekt ist der bauliche. Es gibt Normen, welche einzuhalten sind. Die Passerelle müsste nicht nur lediglich auf der Seite der Gartenstrasse massiv baulich verändert werden, sondern auch bei dieser Rampe. Wir von der FDP/Mitte-Fraktion haben grosse Zweifel, dass diese überhaupt je für Velos rechtlich geöffnet werden könnte. Bei der Hagnau auf der Muttenser-Seite ist eine Velobrücke gebaut worden. Dort wurde ein grosser Kreisel abwärts gemacht, der viel grösser ist, als das alte Bauwerk. Die SBB und der Kanton werden dies wohl kaum gemacht haben, weil sie es toll finden, so viel Platz und Beton zu verbrauchen. Entsprechend dürfte es hier schlicht und einfach nicht möglich sein. Der benötigte Platz ist nicht vorhanden, ohne die Gebäude nebenan abzureissen. Zudem sehen wir keine Notwendigkeit. Es gibt die Brück bei der Burg und den neuen Steg zum Bahnhof, der ein schnelles Vorankommen ermöglicht. Deswegen wird die FDP/Mitte-Fraktion dieses Postulat nicht unterstützen.

Patrick Mägli (SP) informiert als SP-Fraktionssprecher, dass auch er von Personen aus der Bevölkerung wegen der Brücke angesprochen wurde. Ich hatte grössere Diskussionen, um diesen mitteilen zu können, dass er dies eigentlich nicht als sinnvoll erachte. Die SP-Fraktion ist grundsätzlich für das Ermöglichen des Velofahrens. Die Grenzen liegen für uns dort, wo Fussgänger behindert und gefährdet werden. Die Schwieribrücke ist bekanntlich ziemlich neu. Bei der Planung des Veloverkehrs im Bereich Bahnhof hat man damals verschiedene Varianten geprüft. Ich kann mich noch erinnern, dass es auch Varianten gegeben hat, bei welchen das Velofahren möglich gewesen wäre. Schliesslich hat man sich in Bezug auf den Veloverkehr für den Orissteg entschieden. Bei der Schwieribrücke hat man dafür einen grosszügigen Ersatz der früheren Fussgängerbrücke entschieden. Sie ist klar als Fussgängerbrücke konzipiert worden, wie es Stadtrat Daniel Muri vorhin auch schon gesagt hat. Auf der Seite Gartenstrasse hat es eben nicht Platz für beide, nämlich für die Fussgänger und die Velofahrer. Wie vorhin bereits gesagt worden ist, würde diese Brücke auch nicht den Normen entsprechen. Angesichts der Tatsache, dass der Weg in das Städtchen über die Seltisbergerbrücke und der Weg an den Bahnhof über den Steg kurz und zumutbar ist, wären die benötigten baulichen Anpassungen nicht verhältnismässig. Obwohl Alexandra Muheim (SP) Mitunterzeichnerin des Postulats ist, sind wir von der SP-Fraktion für die Ablehnung dieses Postulats.

Marius Ziegler (SVP) hält als Sprecher der SVP-Fraktion fest, dass sich die SVP-Fraktion sehr freut, dass die Schwieri-Passerelle vor ein paar Wochen endlich eröffnet werden konnte. Wir sind aber dagegen, dass dort Velos durchfahren können. Dies aus folgenden Gründen: Zunächst die Platzverhältnisse. Eine Breite von 2,65 sieht auf den ersten Blick nach sehr viel Platz aus. Wenn man aber genauer hinschaut, sieht es ein bisschen anders aus. Ich habe mir die Passerelle in den letzten Wochen einige Male angesehen. Es heisst ja immer, man müsse den Langsamverkehr schützen. In diesem Fall ist aber der Fussgänger der Langsamere und Schwächere, der geschützt werden sollte. Aber oft ist das Tempo der Velos zu schnell. Verlockend ist das natürlich auch wegen des etwas steilen Gefälles. Das hat schon zu nicht ganz ungefährlichen Situationen geführt, trotz Fahrverbot. Zweitens haben wir gute Alternativen.

Meine Vorredner haben bereits aufgezeigt, wo man mit dem Velo ins Städtchen gelangt. Dies ist einerseits über den Steg beim Bahnhof oder über die frisch sanierte SBB-Brücke bei der Burg. Drittens ist der Zugang oben in die Gartenstrasse mit 1,50 Metern definitiv zu eng für Fussgänger und auch Velos. Mir ist zudem aufgefallen, dass es unten bei der Einmündung in die Poststrasse wirklich sehr gefährlich ist, weil man eben nicht nur mit 20 km/h darauf fährt. Es ist auch nicht zu unterschätzen, dass dort wirklich auch von rechts und von links Verkehr kommt. Da fahren doch einige Busse vom Wasserturmplatz in Richtung Bahnhof. Unsere Fraktion ist gegen das Postulat.

Eva Eugster (FDP) möchte als Einzelsprecherin und tägliche Velofahrerin noch einen Input geben. Es gibt eine Brücke in Liestal, den Namen dieser Brücke kennt sie jedoch nicht. Diese befindet sich zwischen der Amselstrasse und dem ehemaligen BiZ-Gebäude. Es ist eine ganz kurze Brücke und bringt einem zum Pavillon Rose. Bei dieser Brücke war mehrere Jahre lang ein Fahrverbot signalisiert. Das Fahrverbot ist im Rahmen der Gestaltung der Velowege aufgehoben worden. Für mich ist dies ein Glück, da sie sehr praktisch ist. Ich denke, die Brücke ist vergleichbar von der Breite her. Zudem hat sie zu Beginn und zum Ende der Brücke eine Steigung. Es kann sein, dass es ganz viele Primarschüler hat, welche vom Gestadeck-Schulhaus nach Hause laufen, wenn ich auch gerade auf dem Nachhauseweg bin. Aber man kommt irgendwie aneinander vorbei. Als so gefährlich stufe ich das jetzt nicht ein. Was ich jetzt aber noch nie gesehen habe, sind „Pedelec-Raser“. Es gibt grundsätzlich keine Probleme dort.

Domenic Schneider (GLP) hofft, dass alle hier noch nie schneller als 50 km/h gefahren sind in einer 50er Zone, noch nie eine Pyro im St. Jakobspark abgelassen haben oder sonst etwas Verbotenes getan haben. Aber was ich weiss, ist, dass ich schon den einen oder den anderen von euch gesehen habe, der mit dem Velo durch das Fahrverbot gefahren ist. Schämt euch! Nein, Spass bei Seite. Hören wir doch bitte auf über ein solches Verbot zu diskutieren. Man kommt aneinander vorbei, wie es Eva Eugster (FDP) gesagt hat. Man sollte einfach nicht mit dem Velo darüberfahren, wenn unten ein Polizist steht. Über was ich mir viel mehr Sorgen mache, ist der Einfluss auf die Schwingungen. Ich bin mir gerade am überlegen, ob ich eine Motion für die Anbringung eines zusätzlichen Verbotsschilds machen soll, dass man nicht im Gleichschritt darüberlaufen darf oder dass keine Guggenmusiken darauf spielen dürfen. Solche Sachen haben mir wirklich gerade ein bisschen Sorge bereitet. In dem Sinn bin ich gespannt auf unsere Abstimmung.

Richard Gafner (FDP) nutzt die fragliche Fussgängerbrücke relativ viel. Ich muss sagen, wenn man von unten hochkommt über die Rampe und oben um eine Ecke läuft, ist es relativ unübersichtlich. Selbst zu Fuss läuft man teilweise fast ineinander hinein, wenn die Kurve etwas eng genommen wird. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Situation dann besser ist, wenn noch Velos darüberfahren. Was mir etwas Sorgen bereitet, sind die Voten, dass dennoch einfach darübergefahren wird. Es ist geltendes Recht und ich finde, wir im Einwohnerrat sollten darauf schauen, dass wir geltendes Recht achten. Was privat gemacht wird, ist etwas anderes.

Anita Baumgartner (GL) hat gerade etwas Mühe, an der Ernsthaftigkeit des Votums von Richard Gafner (FDP) anzuschliessen. Ich möchte Domenic Schneider (GLP) ganz herzlich danken für sein Votum. Ich bin der Meinung, dass es sich alleine für des Votum gelohnt hat, das Postulat einzureichen. Nun aber zur Sache: Wir können uns heute klar gegen die Überweisung des Postulats aussprechen, das Thema werden wir aber nicht wegbekommen und es wird uns in den nächsten Jahren immer wieder beschäftigen. Der Mensch ist vom Grundsatz her ein faules Tier und er wird den Weg des geringsten Widerstandes suchen. Dieser wird auch als Velofahrender über diese Brücke führen, auch wenn wir das jetzt aus rechtlicher Sicht total ablehnen, weil es ja dort ein Fahrverbot hat. Gerne möchte ich noch einen zweiten Hinweis machen. Für Leute aus dem Schwieriquartier ist es schon nicht so, dass es mit dem Velo eine gute Verbindung aus dem Quartier in die Altstadt gibt. Mit dem Velo führen die offiziellen Verkehrswege entweder über den Bahnhof, wo ich absteigen und zu Fuss durch die Unterführung gehen muss, oder ich bin noch weiter unten im Oristaltunnel, wo ich im grossen Verkehr lande. Das ist jetzt nicht wirklich eine gute Anbindung an die Altstadt. Der andere Weg ist

einfach mit deutlich mehr Steigung verbunden und geht offensichtlich länger, wenn ich zuerst zur Burgstrasse hochfahren muss. Bei dieser ausschliesslichen Fussgängerbrücke hat man dem Schwieriquartier meiner Meinung nach nicht wirklich einen Gefallen getan. Ich weiss, das ist ein altes Thema und ich will das jetzt auch nicht noch einmal besprechen. Aber mir wäre es ein Anliegen gewesen, dass man zumindest einmal offenlegt, was Möglichkeiten wären oder sein könnten. Und wenn es dann halt heisst, man müsste ein neues Plangenehmigungsverfahren machen, das so und so lange braucht und so und so viel kostet, dann hätte man es wenigstens sauber aufbereitet und man hätte die Fakten auf dem Tisch. Dann könnten wir uns darüber unterhalten, ob wir den Weg einschlagen möchten oder nicht. Denn, wie gesagt, das Thema wird uns weiterhin beschäftigen und ich bin überzeugt, dass wir das nicht einfach so vom Tisch bekommen.

Stefan Fraefel (Mitte) hat eigentlich gehofft, dass mit seinem ironischen Beitrag vorher alle erkennen, wie gefährlich das dort ist für die Fussgänger. Es gibt dort einfach Ecken, die man kaum sieht und sowieso schon gar nicht, wenn man mit Schwung kommt. Das ist für die Fussgänger wirklich gefährlich dort, davon bin ich überzeugt. Zudem fährt nicht jedes Velo 5 km/h. Je nachdem kann auch eine Kollision mit 20 km/h mehr als nur ein bisschen schmerzen. Also muss man hier auch Rücksicht nehmen auf die Fussgänger. Es kann doch wirklich kein Argument sein, dass es gewisse Leute gibt, die das Verbot missachten und wir deswegen einfach nichts machen oder es legalisieren. Das geht doch nicht, wenn es nicht sicher ist für alle. Es gibt durchaus Möglichkeiten, um zu verhindern, dass das Fahrverbot missachtet wird. Dies beispielsweise indem man entsprechende Geländer aufstellt, bei denen man durchgehen muss. Der Zeitgewinn rechtfertigt für mich nicht, dass Fussgänger möglicherweise gefährdet werden. Es gibt absolut zumutbare Wege. Wenn ich im Auto bin, würde für mich der schnellste Weg möglicherweise durch das Törli und die Rathausstrasse führen. Es gibt aber sehr gute Gründe, warum dort mit dem Auto nicht durchgefahren werden darf und man den kleinen Umweg in Kauf nehmen muss. Und dies geht eben auch an dieser Stelle.

Sutter Andreas (GL) hat die vielen Voten betreffend die Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden, insbesondere der Fussgänger, spannend gefunden. Es ist ja klar, dass man einander nicht anfahren soll. Das zählt im Städtchen genauso wie auch auf der neuen Brücke, wo Fussgänger und Velofahrer nebeneinander durchkommen. Das kann ich jetzt als Argument auch nicht unbedingt gelten lassen.

Stadtrat Daniel Muri stellt fest, dass wir wieder einmal beim Thema Verkehr sind. Es ist schön, dass ich das noch einmal in meiner Amtszeit erleben darf. Der schnellste Weg für diejenigen aus dem Schwieriquartier ist den Rufstein nach unten und dem Bach entlang zu fahren, wo sie dann in der Seestrasse wieder rauskommen. Wenn nicht noch viele Einsprachen gemacht werden, haben wir da in 10 Jahren einen schönen Park, in dem das Velo auch abgestellt werden kann. Das andere ist, dass die SBB diese Brücke bezahlt hat. Jetzt stellt euch einmal vor, wenn wir das in unserer finanziellen Situation weitertreiben würden. Zum Schluss sagt die SBB, dass sie diese Brücke noch verbreitern und den erforderlichen Auflagen anpassen kann. Dies kostet aber gerade nochmals eine Million. Ich kann es nicht nachvollziehen, dass wir in unserer finanziellen Situation über so etwas diskutieren. Nichtsdestotrotz, man hat darüber geredet, aber es ist einfach Unsinn.

Stadtpräsident Daniel Spinnler erlaubt sich hier noch ein persönliches Statement abzugeben. Es hat nichts mit diesem Steg zu tun, obwohl ich heute Morgen abgestiegen bin, das Velo darüber gestossen habe und dort runtergelaufen bin. Ich möchte darauf hinweisen, dass ich persönlich solche Aussagen wie „mit gesundem Augenmass“ oder die Sache ins Lächerliche ziehen nicht so schlau finde. Denn ihr seid alle Vorbilder der Leute, die hier wohnen und auch ihr werdet beobachtet. Ich kann das Städtchen nicht mit einem S-Pedelec und angelassenem Motor durchfahren. Die Leute sehen das. Wir sind Vorbilder und ihr verlangt auch vom Stadtrat, dass Gesetze eingehalten werden, wenn es beispielsweise um 1. August-Raketen oder andere Themen geht. Deswegen kann ich das jetzt einfach nicht so wirklich lustig finden. Natürlich verstehe ich das Anliegen. Aber es gibt zahlreiche Regeln, die wir auch nicht verstehen

im Stadtrat, welche zum Teil vom Einwohnerrat, zum Teil vom Kanton und zum Teil vom Bund erlassen wurden. Wir müssen es aber einfach umsetzen und hier ist dies auch so. Es gibt eine Regel und die sagt, dass die Brücke zu schmal für eine Velobrücke ist. Das muss den Leuten einfach erklärt werden, auch wenn sie nochmals und nochmals kommen. Aber wir haben zahlreiche solche Regeln und das können wir jetzt einfach nicht ändern. Ich fände es wichtig, dass das Parlament als Gesetzgeber das Gesetz respektiert.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit 8 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen wird das Postulat Nr. 2025-55 nicht an den Stadtrat überwiesen.

9. Kunst an der Wand – Bericht Stadtrat zu Postulat «Kunst an der Wand» von Dominique Meschberger der SP-Fraktion, Benjamin Erni und Vreni Wunderlin der CVP/GLP/EVP-Fraktion (Nr. 2021-82)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Benjamin Erni (EVP) bedankt sich als Postulant für die Beantwortung des bereits etwas länger hängigen Postulats. Mit ein bisschen Ernüchterung habe ich die Antwort zur Kenntnis genommen. Leider habe ich gar nicht so viel mehr erwartet. Ich möchte aber trotzdem noch ein paar Anmerkungen machen. Die Begründung zum Beispiel zum Thema Klimaschutz, der noch gar nicht abschliessend bewertet werden kann, ist natürlich ein bisschen schwammig. Weiter zum Thema des Erscheinungsbildes. Ja, wenn es vergilbt, dann muss es möglicherweise neu gestrichen werden. Aber wenn es versprayed wird, dann muss man putzen und das kostet auch Geld. Ich denke, es würde weniger Geld kosten, wenn man das zwischendurch einmal wieder überstreichen lässt von den beteiligten Künstlerinnen und Künstler. Ich habe den Nebensatz von Stadtpräsident Daniel Spinnler wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass der Unterführung etwas Farbe guttun würde und Sprayereien so möglicherweise verhindert werden könnten. Das kann ich mir auch gut vorstellen bei der Brücke und anderen Wänden. Wenn Schulklassen diese Wände bemalen und schön gestalten, sinkt meiner Meinung nach das Risiko, dass sie später die Wände versprayen, da sie selbst künstlerisch aktiv gewesen sind und etwas Schönes schaffen konnten. Zudem würde es generell mehr Farbe geben und könnte Schmierereien verhindern. Betreffend die Sicherheit würde man bestimmt Lösungen finden, wie man nebeneinander vorbeikommt, ob man verschiedene Zeiten hat oder man einen Platz findet, wo das dennoch möglich wäre. Nichtsdestotrotz sind wir für die Kenntnisnahme des Berichts. Ich möchte mich sehr bedanken für das Konzept des Projekts Legale Graffiti. Ich finde es schön, dass ihr es uns noch einmal ausführen konntet. Wir sind für die Annahme des Konzepts. Ich finde es auch toll, dass der Stadtrat die Kunst an der Wand als fördernde Kunstform ankennt und fördert. Da meine Erwartungen nicht sehr gross sind, dass noch etwas Besseres herauskommt und das Konzept wieder ins Rollen gebracht werden konnte, sind wir für die Abschreibung des Postulats.

Vreni Wunderlin (GLP) hält als Mitpostulantin fest, dass sie das Votum von Benjamin Erni (EVP) gerne unterstützen möchte. Ich mache euch beliebt, durch die Meyer-Wiggli-Strasse zu laufen. Dort sind die Wände sehr toll bemalt, das belebt diese Strasse. So etwas wäre auch am Bahnhof wunderbar.

Tobias Tanner (SVP) informiert als SVP-Fraktionssprecher, dass die SVP-Fraktion den Bericht des Stadtrates zur Kenntnis nimmt und das Postulat als erfüllt abschreibt.

Oliver Britt (GL) erklärt namens der Grünen Fraktion, dass auch die Grüne Fraktion das Postulat abschreibt. Ich möchte dennoch einige wenige Anmerkungen machen. Die Begründung der Stützmauer ist grundsätzlich begrüßenswert. Wie es aber bereits schon gesagt wurde, müsste hier zuerst abgewartet werden, wie es zum Schluss aussieht, um es wirklich bewerten zu können. Dann ist mir persönlich aufgefallen, dass der Bericht sagt, kurzfristiger Schutz vor Graffiti sei zwar möglich, ein längerfristiger Schutz jedoch nicht, da man es immer wieder malen müsste. Das widerspricht für mich etwas dem Konzept, das ja eigentlich eben genau das möchte. Insgesamt denke ich, ist es einfach ein bisschen ein bürokratisches Konstrukt, was vielleicht nicht ganz den Graffiti-Sprayenden entspricht. Es wäre schön gewesen, ein weniger bürokratisches System zu haben. Dann vielleicht noch als Anregung: Ich habe gelesen, dass sich Private auch melden können. Ich habe aber das Gefühl, es wäre vielleicht gut, wenn man die Möglichkeit für Private noch hervorhebt und vor allem auch deren Mitsprachen vergrößert, weil es jetzt aus ihrer Hand ist, sobald sie eine freie Fläche zur Verfügung gestellt haben. Insofern ist das Postulat so dann auch abzuschreiben.

Florian Abt (SP) hält als Sprecher der SP-Fraktion fest, dass die SP-Fraktion dem Stadtrat für den sorgfältigen Bericht dankt. Die Argumente, warum die Stützmauern am Bahnhof nicht als Fläche für Graffiti freigegeben werden können, sind für uns nachvollziehbar. Umso mehr begrüßen wir aber, dass die Stadt Liestal den Dialog mit der SBB in Bezug auf andere mögliche Flächen weiterhin aktiv sucht. Wir hoffen, dass diese Gespräche langfristig auch Früchte tragen und zusätzliche Möglichkeiten entstehen, urbaner Kunst Raum zu geben. Besonders hervorheben möchten wir noch einmal das Konzept StreetArt. Es zeigt, wie eine moderne Stadt Jugendkulturen nicht als Problem betrachtet, sondern als Chance. Das Konzept verbindet Prävention und Förderung und schafft so legale und attraktive Räume. Liestal setzt damit ein klares Zeichen: Wir sind eine kreative, zeitgemässe und mutige Stadt, die urbaner Kunst Plätze gibt und gleichzeitig konsequent gegen Vandalismus vorgeht. Uns gefällt das Konzept sehr. Wir von der SP nehmen den Bericht zur Kenntnis und sind ebenfalls für die Abschreibung des Postulats.

Eva Eugster (FDP) stellt als Sprecherin der FDP/Mitte-Fraktion fest, dass die FDP/Mitte-Fraktion auch für die Abschreibung des Postulats ist und vom Bericht sehr gerne Kenntnis nimmt. Wir danken für die Überarbeitung des StreetArt-Konzepts. Zweifelsohne ist es wichtig, dass die Bedürfnisse der Jugendlichen ernst genommen werden, was im Konzept enthalten ist.

Séverine Salathe (SP) hält als Einzelsprecherin fest, dass sie wohl nicht erklären muss, dass sie für Kunst an der Wand ist. Mir ist aufgefallen, dass der Fokus stark auf Graffiti gelegt wird. Es ist auch selbstredend, dass ich als Jugendarbeiterin das sehr unterstütze und die Jugendkultur natürlich ein grosser Teil meines Jobs ist. Ich finde es auch wichtig, dass wir hier etwas tun. Gleichzeitig merke ich aber, es gibt nicht nur Graffiti-KünstlerInnen. Es wäre auch spannend, mit Schulen und Kindergärten solche Projekte zu lancieren. Die Möglichkeit steht zwar im Bericht, für mich wird dies aber zu wenig hervorgehoben. Ich denke spezifisch an Kindergartenwege, welche teils durch dunkle Unterführungen führen. Hier wäre es spannend, wenn diese mit den Kindern gestaltet werden können, damit sie einen schönen Kindergartenweg haben.

Anita Baumgartner (GL) möchte das Votum von Séverine Salathe (SP) gerne noch bekräftigen. Ich denke, es gäbe durchaus noch andere Möglichkeiten, um für ein bisschen mehr Kunst an der Wand zu sorgen. Dies könnte möglicherweise auch etwas niederschwelliger und weniger bürokratisch erfolgen, als dies im Konzept vermittelt wird. Mir sind insbesondere die nachfolgenden Sätze aufgefallen: „Die identifizierten Flächen sollen nach Prüfung durch das Patronat im Stadtrat unter Angaben der möglichen Themenmotive beantragt werden. Nach der Freigabe der Fläche erfolgt über die Koordinatorin eine Ausschreibung mit dem Aufruf an die Künstlerinnen, Sketches unter Angabe der Kunstform einzureichen.“ Schliesslich wird noch von einer Jury der Stadt etc. gesprochen. Also wenn wir mehr Kunst an der Wand wollen, dann sollten wir es doch etwas einfacher machen. So habe ich das Gefühl, wird sich nicht gross etwas ändern können. Möglicherweise bin ich aber etwas zu skeptisch unterwegs.

Stadträtin Pascale Meschberger dankt für die Rückmeldungen. Das Postulat ist etwas ein Familienprojekt, was man vielleicht sieht. Ich habe es auch mit meiner Schwester besprochen und sie ist eigentlich sehr zufrieden mit dem, was wir jetzt haben. Natürlich wird das, was ihr eigentlich verlangt habt bei der Bahnhofswand, nicht umgesetzt. Übrigens ist aber auch hier im Einwohnerrat die Begrünung dieser Wand immer ein grosses Thema gewesen und die läuft schon. Es braucht natürlich eine Weile, bis das Grün von oben runtergewachsen ist und von unten hochkommt. Es wäre uns aber auch ein Anliegen, dass der Bahnhof farbiger gestaltet werden könnte. Wir können die SBB jedoch nicht dazu zwingen, uns Wände zur Verfügung zu stellen. Wir sind aber im Gespräch und geben nicht nach. Wir hoffen zudem, dass die SBB durch dieses Konzept etwas auf den Geschmack kommt und uns einzelne Flächen zur Verfügung stellt. Wir freuen uns sehr auf das Konzept. Liestal ist eine Kulturstadt, auf was wir sehr stolz sind. Es ist eine moderne Art der Kultur, die wir hier umsetzen können. Den Begriff

„Graffiti“ brauchen wir als Oberbegriff. Aber Kunst an der Wand geht effektiv viel weiter und betrifft nicht nur Sprayereien. Wir wollen natürlich wirklich auch Kunst. Es wäre unser Traum, dass wir sogar Stadtrundgänge machen könnten mit Kunst an der Wand. Aber es gibt im Konzept auch Flächen für Jugendliche, welche eben noch nicht Expertinnen und Experten im Sprayen sind. Das mit den Kindern kann man sich durchaus auch noch überlegen. Das Projekt werden wir erst in der nächsten Zeit richtig lancieren. Ich finde das eine ganz schöne Idee, wenn das machbar ist. Selbstverständlich können wir das Städtchen nicht einfach verschmieren. Wir sind zudem angewiesen darauf, dass uns die Leute Wände melden. Gewisse öffentliche Wände kennen wir schon, die einfach immer verschmiert sind. Das ist dann gerade der Grund, um dort etwas zu bemalen. Aber wenn Private sagen, ich habe eine Hauswand zur Verfügung, die ihr für das Projekt benützen könnt, dann noch so gerne. Ich wohne übrigens an einem Ort, an dem ich an eine solche Kunst an der Wand heranschaue. Ihr seht es möglicherweise selbst, wenn ihr mit der SBB in Richtung Liestal kommt respektive herausfährt. Es ist eine ganze Wand mit Zügen bemalt, was richtig toll ist. Dieses Bild ist auch bereits seit Jahrzehnten dort. Solche Sachen könnten wir uns sehr gut vorstellen. Wir freuen uns darauf. Ich hoffe, dass ihr am Schluss auch Freude habt, auch wenn ihr jetzt ein bisschen ernüchternd seid, weil wir nicht ganz umsetzen, was ihr gewünscht habt. Aber ich glaube, eigentlich gehen wir sogar ein Stück weiter oder versuchen sogar, noch ein bisschen weiterzugehen. Es ist wichtig, dass alle beteiligt sind, also Kinder, Jugendliche, aber auch Erwachsene, um Liestal zu einem noch spannenderen Ort zu machen. Wir möchten diese alternative Kunst, die aber eigentlich schon recht etabliert ist, auch noch ein bisschen mehr auf Liestal holen.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun über die stadträtlichen Anträge abstimmen lässt.

://: Der Einwohnerrat nimmt das Konzept „StreetArt Liestal“ einstimmig zur Kenntnis.

://: Einstimmig nimmt der Einwohnerrat vom Bericht des Stadtrates zum Postulat Nr. 2021-82 Kenntnis.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2021-82 als erfüllt abgeschrieben.

10. Natur im Siedlungsraum – Interpellation betreffend Infoanlässen «Natur im Siedlungsraum» von Andreas Sutter der Grünen Fraktion (Nr. 2025-59)

Stadträtin Marie-Theres Beeler beantwortet die Interpellation. Als erstes wurde gefragt, weshalb in Liestal bisher keine solchen Veranstaltungen stattfanden. Esther Derungs hat für die Umgebungsgestaltung des Gymnasiums Liestal den Naturschutzpreis der Pro Natura Basel-Landschaft erhalten. Es wurde dann eine Veranstaltung durchgeführt, was im «Liestal aktuell» publiziert und mit Flyern beworben wurde. Dort kamen ca. 25 bis 30 Personen. Es war ein interessanter Austausch. Dank deiner Interpellation bin ich im letzten Sommer schliesslich auf eine Veranstaltung des Ebenrains zum Thema Natur im Siedlungsraum gestossen. Der Referent Konrad Gschwind hält sehr illustrierte Vorträge, in welchen er die Thematik gut erklärt vermittelt. Ich gehe davon aus, dass du auch bereits an einem solchen Vortrag teilgenommen hast. Es war schwierig, die Ausschreibung aufzufinden. Es ist jedoch gut zu wissen, dass sich das Angebot auch an Privatpersonen richtet. Am 10. November 2025 hat der Vortrag stattgefunden. Dieser wurde ebenfalls im «Liestal aktuell» und mit Flyern beworben. Hier kamen ca. 50 Personen, wobei rund die Hälfte nicht aus Liestal waren. Dies ist aber völlig in Ordnung, denn es gibt natürlich eine ganze Gruppe an Personen, welche dieses Thema verfolgt. Ich finde es gut, wenn man sich im Rahmen einer solchen Veranstaltung auch austauscht. Als nächstes ist nun wieder ein Freiluftevent mit Esther Derungs geplant. Der genaue Termin ist noch nicht bekannt, es wird aber wohl im nächsten Frühling stattfinden. Ich bedanke mich für den Input, durch welchen wir überhaupt realisiert haben, dass diese Veranstaltungen nicht lediglich für Fachleute sind, sondern auch für Privatpersonen ist. Dann zur zweiten Frage: «Sieht der Stadtrat die Möglichkeit, mehrere solche Anlässe über das Jahr verteilt durchzuführen und möglichst viele Anwohner zu informieren?» Wir haben so breit informiert, wie das möglich war. Der Vortrag mit Esther Derungs wurde im «Liestal aktuell» publiziert. Zudem wurden Flugblätter verteilt und aufgehängt. Über den Vortrag am 10. November wurde auf die gleiche Weise informiert. Es handelt sich bei der Thematik natürlich um ein Anliegen der Stadt. Wir haben so viel Land in Liestal, welches von Privatperson naturnah bebaut werden könnte. Die Stadt hat nicht viel Land. Zur Dritten Frage: «Nutzt die Gemeinde das Angebot bereits für ihre Mitarbeitenden?» Unsere Mitarbeitenden der Grünflächen nutzen seit Jahren verschiedene Angebote, nicht nur im Ebenrain, sondern auch bei anderen Anbietern von Weiterbildungen. Sie gehen alle in Weiterbildungen, bei welchen es um dieses Thema geht. Wir haben aber natürlich nicht lediglich Grünfläche und Grüngestaltungen, wir haben auch Sportplätze etc. In der Stadt sind wir beschäftigt mit dem Friedhof, der schon lange möglichst naturnah bewirtschaftet wird, auch wenn dies nicht immer allen Personen gefällt. Zudem wird jede Schulhausumgebung, die neu gestaltet werden kann, einen neuen Charakter erhalten. Im Moment ist man zudem an der Veränderung einer relativ kleinen Fläche rund um den Werkhof. Wir sind also stetig an der Umgestaltung derjenigen Flächen, welche überhaupt umgestaltet werden können und für welche das dafür erforderliche Geld vorhanden ist. Diese Veranstaltungen sind ein Anlass, um auch Leute zu motivieren, die Grünflächen haben.

Andreas Sutter (GL) wünscht als Interpellant die Diskussion.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Andreas Sutter (GL) bedankt sich als Interpellant beim Stadtrat und der Verwaltung für die rasche Umsetzung und die Durchführung der Anlässe. Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass die Anlässe eine Super-Gelegenheit sind, um mit der Bevölkerung in den Kontakt zu kommen und sie direkt einzubinden. Die Anlässe sind für jeden und jede gedacht. Im Gegensatz zur Klimathematik handelt es sich nicht um eine Angstmacherei. Es herrscht eine positive Stimmung und es handelt sich um eine lustvolle Variante, dem Klimawandel beispielsweise im eigenen Garten zu begegnen. Ich empfehle euch, an eine solche Veranstaltung zu gehen, wenn solche wieder stattfinden.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen von Fraktions- und Einzelsprechern angemeldet werden.

Stadträtin Marie-Theres Beeler ruft die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte dazu auf, an einer kommenden Veranstaltung teilzunehmen.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2025-59 durch den Stadtrat.

11. Kommunikation – Postulat «Kommunikation der Stadtverwaltung» von Alexandra Muheim der SP-Fraktion, Anita Baumgartner der Grünen Fraktion, Sonja Niederhauser und Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion (Nr. 2025-60)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Stadtpräsident Daniel Spinnler führt aus, dass der Stadtrat das Postulat übernehmen möchte, um aufzeigen zu können, welche Herausforderungen es in der Kommunikation gibt. Ich finde diese zwei Beispiele im Postulatstext suboptimal. Dies, da wir beim ersten Beispiel Indiskretionen hatten. Beim zweiten Beispiel konnten wir nicht kommunizieren, da wir noch in Verhandlungen waren. Gerne möchten wir euch aber Grundsätze zeigen und mitteilen, was wir für die Zukunft angedacht haben. Was wir aber feststellen, ist, dass die Kommunikation in der heutigen Zeit sehr schwierig ist. Es werden Infos im „Liestal aktuell“ und an anderen Orten kommuniziert und es werden Mitwirkungsveranstaltungen durchgeführt, welche aber nur von wenigen besucht werden. Es ist entsprechend schwierig, an die Leute heranzukommen. Zudem kann man die Kommunikation nie perfekt machen, denn irgendetwas geht immer in die Hose.

Anja Weyenet (SP) hält stellvertretend für Postulantin Alexandra Muheim (SP) fest, dass die Kommunikation durchaus komplex ist. Wir kommunizieren ständig, verbal oder nonverbal. Wir haben viele Themen, Anspruchsgruppen und Kommunikationskanäle. Ich gehe davon aus, dass der Stadtrat und die Verwaltung dies mehrheitlich zusätzlich zu all den anderen Aufgaben machen. Für eine gute Kommunikation für eine Stadt in dieser Grösse wie Liestal braucht es Fachwissen und vor allem viel Zeit. Das Ziel der Kommunikation sind klare und kontinuierliche Botschaften. Dies stärkt das Vertrauen der Bevölkerung und die Glaubwürdigkeit der Verwaltung. Gut kommunizierte Informationen fördern das Verständnis und erhöhen die Akzeptanz der Massnahmen. Transparente und nachvollziehbare Kommunikation erklärt Hintergründe, Auswirkungen von Entscheiden oder von gesteckten Zielen. Das erfüllt die demokratische Erwartung und verhindert vor allem auch Enttäuschungen und Frustration. Auch ist Kommunikation ein Schutz vor Desinformation. Wenn schnell gegeninformiert werden kann, begrenzt dies auch das Verbreiten von Falschinformationen. Die Krisenkommunikation ist eine eigene Disziplin in der Öffentlichkeitsarbeit. Hier ist es sehr hilfreich, wenn man darin geschult ist. Ein professioneller Umgang stellt sicher, dass komplexe Themen korrekt dargestellt werden. Es braucht aus meiner Sicht eine kommunikationsverantwortliche Person. Diese Person sollte von Anfang an dabei sein, damit sie das Verständnis dafür aufbaut, was diskutiert wird und so für eine präzise Kommunikation sorgen kann. Eine solche Person ist unbefangen und soll den Stadtrat und die Verwaltung auch darauf aufmerksam machen, was kommuniziert werden kann. Zudem soll kontinuierlich kommuniziert werden und nicht erst, wenn es brennt. Wir haben vor 5 Minuten gesehen, dass eine Stelle ausgeschrieben ist in der Gemeinde Oberwil. Sie suchen eine kommunikationsverantwortliche Person in einem Pensum von 65%. Dies für eine Gemeinde von 11'500 Einwohnerinnen und Einwohnern. Die Kommunikation ist ein grosser Teil der Imagepflege. Das braucht Arbeit und Zeit. Deswegen ist es wichtig, dass wir das Postulat überweisen, um zu prüfen, in welcher Form die Kommunikation der Stadt aufgewertet werden kann. Deshalb bitten wir um Unterstützung.

Anita Baumgartner (GL) hält als Mitpostulantin ergänzend fest, dass sie nur noch eine Kleinigkeit ergänzen respektive betonen möchte. Transparente Kommunikation schafft Vertrauen. Es scheint mir ein entscheidendes Thema zu sein, dass wir uns in allen Bereichen bemühen, das Vertrauen in unsere Institutionen aufrechtzuerhalten. Auch wenn nicht viel gesagt werden kann, wie beispielsweise beim Thema des Schwieristegs, ist es oft besser dies zu kommunizieren, als dass man gar nichts sagt. So verhindert man, dass ein Vakuum entsteht, was Raum für Gerüchte und Konfusion lässt und dass sich jeder seine eigene Geschichte zusammendichtet. Diese Falschinformationen nachträglich wieder aus dem Raum zu schaffen, ist in der Regel deutlich schwieriger als frühzeitig zu informieren. Etwas möchte ich gerne noch mitgeben. Im Postulat wurde geschrieben, dass mögliche Ansätze zu prüfen sind. Ich fände es sehr

toll, wenn sich der Stadtrat auch Gedanken machen würde, wie man die Kommunikation ausserhalb von Printmedien ein bisschen besser kanalisieren kann. Vielleicht findet ihr ja noch Energie, das Thema App-Kommunikation oder eine Liestal-App wieder einmal aufzugreifen. Das ist auch schon einmal ein Thema gewesen. Die Sozialen Medien wären zudem vielleicht auch etwas, das man wieder einmal in den Angriff nehmen müsste.

Domenic Schneider (GLP) sagt als Postulant, dass man niemals nicht kommunizieren kann. Das habe ich auch heute Abend gemerkt, weil man jetzt durch gewisse Worte von mir denkt, ich sei ein Schwerverbrecher und würde bei jedem Fahrverbotsschild für Velos dennoch einfach durchfahren. Ich glaube, ich bin tatsächlich einer der wenigen, die wirklich in Schrittempo durch die Rathausstrasse fahren. Aber das ist ein anderes Thema. Mich würde es interessieren, wer hier drin einen Newsletter der Stadt Liestal abonniert hat und wer das Liestal Aktuell wirklich durchliest? Wer informiert sich hingegen mehr über Kanäle auf dem Handy? Die Antworten zeigen eine Tendenz. Gestern war eigentlich eine Infoveranstaltung, bei der ich erwartet habe, dass 40 Einwohnerratsmitglieder vor Ort sind. Es zeigt: So schwierig ist Kommunikation. Und genau das ist die Herausforderung, die der Stadtrat hat. Und dafür ist das Postulat da, damit der Stadtrat abklären kann, was besser gemacht werden könnte und ob es allfällig eine App oder etwas anderes braucht. Jedes Medium scheitert jedoch daran, wenn es nicht beachtet wird. Dann nützt die beste Kommunikation nichts. Es ist meines Erachtens wichtig, dass der Stadtrat dies auch in die Überlegungen miteinbezieht. Ich bin froh, wenn wir das Postulat überweisen und der Stadtrat sich die Möglichkeiten ansehen und sich Gedanken zur Thematik machen kann.

Daniel Schwörer (FDP) führt als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion aus, dass die FDP/Mitte-Fraktion der Überweisung des Postulats zustimmt. Wir erwarten in der Beantwortung, dass der Stadtrat dem Einwohnerrat ein Konzept unterbreiten wird. Daraus soll ersichtlich sein, welche Kommunikationspolitik verfolgt wird, sowie wann und auf welchen Kanälen bzw. zu welchen Themen kommuniziert wird. Was wir nicht erwarten und nicht wünschen, ist ein Stellenerhöhungsantrag von 65 %, wie dies durch die SP insinuiert wurde. Ich denke, die Fähigkeit der Kommunikation ist bei der Stadtverwaltung vorhanden.

Markus Rudin (SVP) erklärt namens der SVP-Fraktion, dass auch seine Fraktion der Überweisung zustimmen wird. Die Kommunikation in der Stadtverwaltung soll verbessert werden. Aber wie ihr bereits gehört habt, muss geschaut werden, wie die Kommunikation auch ankommt. Ich persönlich finde das Liestal Aktuell super. Aber möglicherweise lesen es nicht alle und finden es nicht alle interessant. Die SVP-Fraktion findet es aber wie Daniel Schwörer (FDP) wichtig, dass keine neue Stelle geschaffen wird und immer mehr Leute angestellt werden. Dazu haben wir das Geld nicht.

Anja Weyeneth (SP) informiert als SP-Fraktionssprecherin darüber, dass die SP-Fraktion das Postulat einstimmig überweisen wird. Wir haben uns aber nicht abgesprochen, ob dies eine neue Stelle sein soll oder ob dies innerhalb der Verwaltung übernommen werden soll. Das lassen wir selbstverständlich frei.

Bernhard Bonjour (SP) kann als Einzelsprecher der Mehrheit des Gesagten zustimmen. Ich sehe, wie wichtig die Kommunikation ist. Ich sehe jedoch noch einen anderen Aspekt. Jede Institution und jedes Unternehmen versucht, die Kommunikation zu kontrollieren. Wenn gesagt wird, dass die Kommunikation gut gegen Gerüchte ist, dann werde ich schnell misstrauisch. Bei der Kontrolle der Kommunikation handelt es sich auch um eine Machtfrage und kann sehr unangenehm sein. Ich bin der Meinung, dass man hier auch in gesundem Rahmen durchaus auch etwas misstrauisch sein darf.

Michael Durrer (GL) möchte sich noch zu einer App resp. Social Media äussern, da er sich im Rahmen von früheren Diskussionen auch bereits dafür ausgesprochen hat. Wie die meisten wissen, arbeite ich mit Jugendlichen zusammen. Ob wir hier drin das Liestal Aktuell lesen und

gut finden, ist möglicherweise nicht die relevante Frage. Fakt ist jedoch, dass jeder ein Handy im Sack hat und darauf schaut. Die Informationen über das Handy ist halt doch ein guter Weg.

Stadtpräsident Daniel Spinnler möchte noch etwas mitgeben. Gerade in einer Gemeinde ist die Frage wichtig, was überhaupt kommuniziert werden soll. Es gibt unterschiedliche Ansätze, bspw. auch ob Imagepflege betrieben werden soll. Ein Trend, den ich bei Unternehmen oder auch beim Kanton wahrnehme, ist, dass immer mehr kommunikationsverantwortliche Personen angestellt werden. Es kommt mir teilweise vor, dass man sich hinter diesen versteckt. Wir in Liestal sind eigentlich noch nahe an den Leuten und geben Auskunft. Dem Stadtverwalter wird durch die Bereichsleiter und Personen der Verwaltung, welche Ahnung von den Themen haben, zugearbeitet und er ist schliesslich dafür verantwortlich, dies alles zu kanalisieren. Für eine Kommunikationsperson hingegen ist es schwierig zu wissen, was alles geschieht. Ich gebe zu, wir sind noch etwas ein Mauerblümchen im Bereich von Social Media. Hier ist jedoch etwas im Gange und wir berichten gerne darüber, was wir hier vorgesehen haben. Die verschiedenen Arten von Kommunikation gilt es aber auch zu unterscheiden. Aus diesem Grund haben wir die Homepage „liestal.li“ initiiert, damit zwischen etwas mehr Fun und Freizeit-Kommunikation und der seriöseren Kommunikation über Massnahmen und der Krisenkommunikation unterschieden werden kann. Es ist nicht das Ziel, dass ständig Content publiziert wird. Wichtig ist, dass die Mitteilungen, die wir auch bereits jetzt machen, weiter herausgetragen werden können. Dem sind wir uns bewusst, arbeiten bereits daran und werden gerne darüber berichten. Im Bereich der Image-Kampagne von Liestal arbeiten wir beispielsweise mit Basel-Land Tourismus, Liestal Tourismus und dem Zentrumsmanagement zusammen, wo Liestal angepriesen wird als ein toller Ort zum Leben und hinzugehen. Es gibt Gemeinden, die versuchen, diese Bereiche zu vermischen. Liestal hat dies früher auch versucht. Dies funktioniert aber nicht. Diese Ausführungen sollen bereits einige Gedanken darlegen, welche wir uns gemacht haben. Zum Schluss möchte ich noch sagen, dass ich die Information leider nicht gelesen versenden kann.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit 34 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat Nr. 2025-60 an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Philipp Franke (GL) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20:09 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Ratspräsident

Philipp Franke

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann